

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Beitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 30

Sonntag, den 26. Juli

1914

Neue Steuern.

Wenn wir über dieses Kapitel schrieben, dann hatten wir in der Regel auch eine neue Gefahr für die Tabakindustrie zu melden. So ist es auch diesmal wieder. Der Illusion, daß, wenn neue Rüstungsprojekte austauschen, nunmehr, nachdem der Wehrbeitrag als einmalige direkte Steuer eingeführt worden ist, weiterhin nur noch direkte Steuern für Rüstungszwecke in Frage kämen, hat sich kein Mensch hingeben, der die Abneigung der besitzenden Klassen gegen das Steuerzahlen kennt.

Als der Wehrbeitrag in Höhe von einer Milliarde Mark beschlossen war, gab sich die Regierung der schönen Einbildung hin, der Wehrbeitrag werde mindestens 200 bis 300 Millionen Mark mehr ergeben, als ihre Einschätzung. Die Leichtgläubigen! Sie kannte ihre Pappenhäimer von der grünen und der goldenen Internationale zu wenig, wenn sie auch mit einigen Steuerdrückebergern rechnete. Gewohnheitsmäßig, deshalb raffiniert, haben sich die Agrarier vom Wehrbeitrag so weit als möglich gedrückt, obgleich ihr junckerlicher Niese, Herr v. Fehdebrand, seinerzeit für die junckerlich-agrarische Partei erklärte, für die Verteidigung des Vaterlandes sei ihr kein Opfer zu groß. — Jedoch, auch industrielle Kapitalisten haben es verstanden, ihr Vermögen sehr knapp einzuschätzen, so daß die Regierung noch im Zweifel ist, ob die Milliarde voll wird. Sie hätte nämlich gern einige hundert Millionen zu neuen Rüstungsvorlagen im voraus eingehemst.

Dieser schöne Traum ist nun vergangen. Für die in der nächsten Reichstagsession sicher kommenden neuen Militärforderungen muß darum die Regierung neue Steuerprojekte aushecken. Und sie soll bereits ein ganzes Bündel von Steuerplänen in Bereitschaft haben. Andere seien noch in Vorbereitung. Ueber allen bewahrt sie aber vorläufig Schweigen.

Indessen — nichts ist so geheim, gesponnen — es scheidet manches davon in die Öffentlichkeit. Wird es zuweilen durch gewundene Dementis abgelenkt, so hindert das doch nicht, daß es später als fertige Tatsache dem Reichstage zugeht. Einige größere bürgerliche Blätter wissen zu erzählen, daß indirekte Steuern die Kosten für die neuen Rüstungspläne decken sollen. Vorwiegend habe man sich jedoch im Reichshaus mit Monopolprojekten beschäftigt. Und die „Kölnische Volkszeitung“, das Hauptorgan der Zentrumspartei, macht sogar einige bestimmte Angaben darüber. Nachdem diese den Bedarf von neuem Einnahmen ziemlich hoch einschätzt, über 200 Millionen Mark, fünfhundert dürfen es aber werden — meint sie:

„Das Petroleummonopol kommt hierfür nicht in Frage, weil es ja keine neuen Einnahmen für das Reich liefern sollte, wohl aber ist in letzter Zeit viel von einem Zigarettenmonopol die Rede gewesen, nach dem fast die gesamte trußfreie Zigarettenindustrie verlangt hat und das dazu bestimmt sein soll, Mehreinnahmen in Höhe von 120 000 000 Mark jährlich zu bringen. Ob im Reichshaus an einer solchen Vorlage schon gearbeitet wird, wollen wir nicht unteruchen, es ist dies auch ganz nebensächlich, wichtiger ist der Verhandlung der Zigarettenfabriken dem Schagant selbst die ausgearbeitete Vorlage liefern, so daß dieses nur seinen Stempel darunter zu setzen braucht. Daß aber außerdem Vorarbeiten für ein weit wichtigeres Monopol schweben, die sich sehr umfangreich gestalten und nicht in ein paar Wochen oder Monaten beendigt sein werden, wird kaum ernsthaft bestritten werden können. Es handelt sich dabei um eine Materie, deren Besteuerung der Reichstag schon früher abgelehnt hat, bei der aber durch die Form der jetzigen privatwirtschaftlichen Verflechtung und des Verkehrs alljährlich so enorme Summen nutzlos verloren gehen, daß es allerdings möglich wäre, für das Reich große Einnahmen zu erzielen, ohne die Verbraucher höher zu belasten.“

Es ist unnütz, zu raten, welchen Gegenstand das „weit wichtigere“ Monopol betrifft, uns berührt das angekündigte Zigarettenmonopol am meisten.

Da ist doch die Auffassung interessant, daß der Verband der Zigarettenfabriken nötigenfalls dem Schagant selbst die ausgearbeitete Vorlage dazu liefern würde, derselbe Verband, der nicht eifrig genug den Kampf gegen den amerikanischen Tabaktrüß führen kann und dabei den Konsumenten vorhält, daß sie einstweilen viel teure Zigarettenpreise zahlen müßten, wenn der Trüß den Handel mit Zigaretten an sich gerissen, ihn monopolisiert haben würde.

Sind die Herren vom Verband der Zigarettenfabriken etwa der Meinung, unter dem Staatsmonopol würden die Preise niedriger sein, als unter dem Privatmonopol? Das dürfte eine Täuschung sein. Wozu führt übrigens der Verband der Zigarettenfabriken den Kampf noch gegen den Trüß, wenn er in der Tat selbst schon entschlossen wäre, der Regierung mit einem Projekt zu einem staatlichen Zigarettenmonopol an die Hand zu gehen? Fürchtet er, daß seine Mitglieder dem Trüß unterliegen werden? Fast scheint es so, wenn wir den neuesten Ratschrei der „Süd-

deutschen Tabakzeitung“ über die Trüßpraktiken, den wir an anderer Stelle besprechen, in Betracht ziehen.

Dann aber ist den Konsumenten mit dem Staatsmonopol doch nichts geholfen. Die einzige Ausrede für solches Vorgehen könnte doch höchstens lauten: Wohl, ehe der Trüß die Käufer ausbeutet, mag es lieber der Staat tun! Nur, daß der Staat dann auch erst für Unsummen den Herren Fabrikanten ihre Fabriken ablaufen muß, wobei sie natürlich auch ein Bombengeschäft zu machen gedenken. Die Konsumenten aber haben das Nachsehen, denn sie müssen Monopolpreise zahlen und als Steuerzahler füglich auch die Summen aufbringen, die den Unternehmern gezahlt werden.

Nun — neue Steuern werden so sicher kommen wie neue Rüstungsforderungen. Ob die letzteren für strategische Bahnen, wie der „Vorwärts“ zu melden weiß, oder für eine neue Flottenvorlage oder sonstige militärische „Bedürfnisse“ gestellt werden, ist ganz egal. Es gibt eben alle Jahre neue Militärvorlagen, der Unterschied ist nur, ob größere oder kleinere. Alle Jahre wachsen darum die Ausgaben, alle Jahre sind daher neue Steuern nötig, wenn man letztere auch erst ein oder zwei Jahre später im ganzen nachholt.

Beginnt man jetzt durch Monopole die Steuerzahler zu schröpfen, dann wird die Gemeinschaft des Staates mit dem Unternehmertum auf wirtschaftlichem Gebiet eine noch engere als bisher, die Interessengemeinschaft gegenüber den Arbeitern eine noch ausgeprägtere. Von dieser Seite betrachtet, wird die Monopolwirtschaft zur Verstärkung der Klassenkämpfe beitragen und den Arbeitern zeigen, welcher Weg am besten zur Ablösung der kapitalistischen Ausbeutung einzuschlagen ist.

Sollte wirklich ein Zigarettenmonopol mit Uebereinstimmung der Zigarettenfabrikanten kommen, dann wird ein allgemeines Tabakmonopol nicht mehr lange auf sich warten lassen. Doch — wir werden ja sehen! —

Gegen den Geburtenrückgang.

Die bürgerliche Gesellschaft leidet an trassen Widerprüchen, die alle der kapitalistischen Wirtschaft entspringen. In neuester Zeit sind die herrschenden Kreise von Veorguis erfüllt über den Geburtenrückgang. Sie suchen nach allerhand Erklärungen der Hindernisse des Volkswachstums, ohne auf den Kern der Sache einzugehen. Und wie sie sich mit allerhand nebensächlichen Erscheinungen beschäftigen, so oberflächlich sind sie auch mit lächerlichen Mitteln bei der Hand, den Geburtenrückgang anzuhalten.

Daß die kapitalistische Ausbeutung auf die Geburtenziffer der arbeitenden Klassen ungünstig einwirkt und als die Hauptursache des Rückganges angesehen werden muß, auf den Gedanken geraten die Repräsentanten der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung nicht. Sie müßten ja auch sofort Mittel zur Abhilfe vorschlagen, die eine Einschränkung der Ausbeutung zur Folge hätten, denn die übermäßige Ausspannung menschlicher Arbeitskraft muß auch die Zeugungskraft ungünstig beeinflussen.

Besonders aber müßte die Schonung der Frauen durch größere Arbeitsruhe einer der ersten Schritte sein, die das ernsthafte Wollen zur Abhilfe bedingten müßten. Ein wöchentlicher Ruhetag ist hier unbedingt vorzuziehen, d. h. außer dem Sonntag, Achtundvierzigstündige Arbeitsruhe für die Frauen ist die erste sozialpolitische Maßregel, die als Vorbedingung des Muttereschutzes gelten muß. Gegen diese Forderung machen aber alle bürgerlichen Heilenden Front, die nicht genug über den Geburtenrückgang jammern können und ihn ganz richtig als eine Schwächung der Volkskraft und als einen uneinbringlichen Verlust des Nationalvermögens bezeichnen.

Die reguläre Volksvermehrung garantiert eine reguläres kulturelles Aufsteigen des Volkes, wie jede vermehrte Arbeitskraft die Kulturwerte vermehrt. Aber die Schonung der Arbeitskraft gehört zur Förderung der Kultur. Jeder Ruhetag bedeutet ein Kräfteammeln, das körperlich und geistig den Wert der Arbeit erhöht. Ob mechanische oder Handarbeit, ganz gleich, sie gedeiht besser, wenn sie mit frisch gestärkter Kraft ausgeführt wird. Natürlich gehört zu körperlicher Kräftigung neben der nötigen Ruhezeit auch rationelle Ernährung — zu der entsprechende Löhnung der Arbeit erforderlich ist — aber für einen ungenügend ernährten und durch Arbeit überanstrengten Körper ist das Ruhebedürfnis um so stärker.

Für die Frauen als die Träger und Ernährer neuer Menschen müßten diese Grundsätze in verstärktem Maße gelten. Denn der Geburtenrückgang wie die Säuglingssterblichkeit haben in den entträteten, durch ausbeuterische Ueberanstrengung ausgemergelten Körper der Frau ihren Hauptgrund. Hier muß die Hilfe einsetzen, wenn man ernstlich den Geburtenrückgang und die Säuglingssterblichkeit beschränken will.

Sind nun aber die „Stützen des Staates“, Regierung und herrschende Parteien, bereit, die Forderung nach vermehrter Arbeitsruhe zu unterstützen oder zu verwirklichen? Mit nichten! Die schalsten Ausreden müssen zu ihrer Bekämpfung herhalten. Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie leide, wenn die Arbeitszeit verkürzt werde. Diesen allen hinfalligen Einwänden führt man heute noch gegen die Verkürzung der Arbeitszeit an; er muß auch aufmarschieren, wenn zunächst für die Frauen eine 48stündige Ruhezeit in der Woche gefordert wird.

Längst widerlegt sind dieser und andere Einwände durch die Erfahrungen, die sich die Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum hart erkämpft haben. Was ihnen gesetzlich nicht gewährt wird, haben sie sich zum Teil schon gewerkschaftlich erkämpft. Trotz verkürzter Arbeitszeit in vielen Branchen hat die Konkurrenzfähigkeit der Industrie nicht gelitten, im Gegenteil, sie ist gestiegen, nicht zum wenigsten, weil durch verkürzte Arbeitszeit die Arbeitskraft und die Arbeitsfreudigkeit gehoben wird. Vernünftige Unternehmer haben die praktische Wirkung solcher vernünftiger Maßnahmen längst erprobt und zugegeben. Und doch verweigern die herrschenden Gewalten eine gesetzliche Regelung.

Da kann doch kein Mensch mehr an den guten Willen glauben, da muß man doch die Absicht, die wider besseres Wissen geht, vermuten. Die Erklärung dafür liegt nahe genug. Alles wird darauf zugeschnitten, die Freiheit der Ausbeutung nicht eindämmen zu lassen. Der nackte, ja verbrecherische Egoismus ist dazu die treibende Kraft. Er durchsieht die bürgerliche Gesellschaft wie ein Pilz, der die Fäulnis beschleunigt. Bessere Einsicht läßt er gar nicht aufkommen. Sonst müßte es ein leichtes sein, die 48stündige Ruhezeit für arbeitende Frauen einzuführen. Denn alle Einwände dagegen sind tausendfach widerlegt.

Hat man sich doch sogar nicht geschämt, demagogisch Arbeiterinnen selbst gegen diese Forderung zu heken. Vor allem weist man sie auf die Lohnsenkung, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit eintrete, hin. Und weil die Löhne, speziell für weibliche Arbeitskräfte, hundemäßig niedrig sind, fürchten auch viele die Einbuße weniger Groschen. Aber hat denn nicht die bisherige Kürzung der Arbeitszeit, auch an Sonnabenden, gezeigt, daß die vernünftige Maßnahme ohne Schaden für die Arbeiter durchführbar ist? Füglich müßte auf Erhöhung der lumpigen Löhne gedrungen werden! Niedrige Löhne fördern übrigens das Bestreben, so wenig als möglich Kinder in die Welt zu setzen, weil die zahlreiche Familie mit Hungerlöhnen nicht ernährt werden kann.

Den Vorteil zu schildern, der für die Frau, für die Familie, für die ganze Wirtschaftsführung in die Freigabe des vollen Sonnabends liegt, ist nicht notwendig. Jede Arbeiterfrau empfindet mit uns, wie gut es wäre, wenn sie am Sonnabend den Familienhaushalt für die ganze Woche instand bringen könnte, um am Sonntag mehr der Ruhe genießen zu können. Nur ein egoistisch verkümmertes Kapitalist kann über die Vorteile hinwegsehen. Ihm gibt der Arbeiter weniger, wie eine Ware. Verdrißt sie, hat er Einbuße; geht aber ein Arbeiter kaput, kümmert ihn das nicht, jeden Augenblick kann er einen andern mit derselben Kasblütigkeit seiner Ausbeutung unterziehen.

Das alles vollzieht sich jedoch nach — Recht und Gesetz. Jawohl, das bürgerliche Recht züchtet den verbrecherischen Egoismus, der es wagen darf, die Degenerierung des Volkes rücksichtslos zu betreiben; Geburtenrückgang, Säuglingssterblichkeit und andere schwere Uebel zu fördern. Um so widerlicher ist die Heuchelei, die an diesen Uebeln Anstoß nimmt und vorgibt, helfen zu wollen, ohne daß das Uebel an der Wurzel gefaßt wird. Wer so fund ist — die Pharisäer des Kapitalismus!

Rundschau.

Riefenausperung in der Textilindustrie. In den Textilfabriken der Niederlausitz, in den Orten Forst, Spremberg, Guben, Lützenwalde usw., ist ein gewaltiger wirtschaftlicher Kampf entbrannt. Am Sonnabend, dem 18. Juli, sind rund 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden. Der Anlaß zur Aussperrung war, daß kaum 100 Wollereiarbeiter geringe Lohnaufbesserungen forderten und die Arbeit einstellten, als sich die Unternehmer rundweg ablehnend verhielten. Die Wollereiarbeiter haben den Unternehmern trotz der Drohung den Willen nicht getan. Man bedachte die juchzende Rücksichtslosigkeit der Unternehmer! Wegen ein paar um Lohn-erhöhung kämpfender Arbeiter werden 30 000 Menschen aus Lohn und Brot gestossen und wird die ganze Textilindustrie (Tuchfabriken) der Niederlausitz stillgelegt. Und wollen die Unternehmer den Arbeitern durch die Gesetzgebung, durch Polizei und Gerichte das Koalitionsrecht

berichten lassen, sie, die so brutal mit der Existenz von unzähligen Arbeitern spielen. Hoffentlich werden die Arbeiter den Sieg davontragen.

Staatlicher Unternehmerterror. Ein am 11. Juni b. J. aus dem Betriebe der preussischen Staatsbahn entlassener Arbeiter erhielt auf das Verlangen, ihm ein Zeugnis über Führung und Leistung auszustellen, folgendes Zeugnis:

Vorstand des königlichen Eisenbahn-Maschinenamtes 5. Berlin, den 26. Juni 1914.

Führungszeugnis.

Der F. S., geboren am 26. Oktober 1886 in Berlin, Kreis Berlin, ist vom 1. Oktober 1913 bis 11. Juni 1914 bei der Betriebswerkmeisterei in Berlin, Görlitzer Bahnhof, als Maschinen- und Wagenputzer beschäftigt gewesen. Seine dienstliche Führung und die Leistungen waren nicht befriedigend. Die Entlassung des F. S. erfolgt, weil er sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligt hat. Verstoß gegen § 2 Abs. 3 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staatsbahnverwaltung.

gez. Königl. Eisenbahn-Maschinenamt 5.

Der so gekennzeichnete Arbeiter trat am 1. September 1905 als Bahnunterhaltungsarbeiter in den Dienst der preussischen Staatsbahn, wurde später mehrere Jahre als Güterbodenarbeiter beschäftigt und wurde ab 1. Oktober 1913 Maschinenputzer. Er war also insgesamt um unterbrochen acht Jahre 9 Monate und 11 Tage im Dienste der königlich preussischen Staatsbahn, und nach dieser langen Dienstzeit scheint ein Organ dieses Musterbetriebes nicht davor zurück, dem Arbeiter in das Entlassungszeugnis zu schreiben: „Seine dienstliche Führung und die Leistungen waren nicht befriedigend.“ Wohl das Führungszeugnis ist nur für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 11. Juni 1914 ausgestellt. Aber weshalb wird dem Arbeiter nicht für die gesamte Dienstzeit die Führung und Leistung attestiert? Dann wäre es allerdings unmöglich, diese als nicht befriedigend zu bezeichnen, denn kein vernünftiger Mensch würde glauben, daß ein solches Zeugnis der Wahrheit entspräche. Ein Arbeiter, dessen Führung und Leistung unbefriedigend sind, wird weder in einem privaten Betriebe, noch bei der preussischen Staatsbahn 8 bis 9 Jahre beschäftigt.

Der Arbeiter S. wurde deshalb entlassen, weil er sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligt haben soll. Das Verbrechen bestand darin, daß er einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte und seine Kollegen zum Beitritt aufforderte. Einer der Auffordernden wurde zum Verräter. Weil S. von seinem Rechte Gebrauch machte, deshalb entzog ihm der Staat Arbeit und Verdienst, und damit nicht genug, darf er sich auch noch das „Recht“ herausnehmen, den Entlassenen zu brandmarken. Unterständen die Arbeiter der Gewerbeordnung, dann wären solche Zeugnisse halb unmöglich. So aber muß der Arbeiter das Unrecht über sich ergehen lassen, denn die ordentlichen Gerichte haben bisher in ähnlichen Fällen stets verurteilt. Dafür leben wir auch in einem Rechtsstaat.

Hanjabund und Koalitionsrecht. Vor kurzer Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß die Schlichter-untung in Elberburg die Gesellen durch Unterschrift zwang, aus dem Zentralverband der Fleischer auszutreten. Wer die Unterschrift nicht gab, kam aus der Arbeit. Ein Meister, welcher seinen die Unterschrift verweigerten Gesellen nicht entließ, wurde aus der Innung ausgeschlossen.

Der Zentralverband der Fleischer nahm den ihm aufgezwungenen Kampf um die Erhaltung resp. Wiedererringung des Koalitionsrechtes auf und sperrte einige Betriebe.

Die Innungsleitung holte sich den Geschäftsführer des Hanjabundes aus Hannover, der der Innung in ihrem Kampfe zur Unterdrückung des Koalitionsrechtes auch hilfreich zur Seite stand. Zunächst vereinbarten die Meister dann unter sich eine Konventionalsatzung von 1000 M für denjenigen, der das Koalitionsrecht der Gesellen anerkennt. Es wurden Annoncen und Zeitungsartikel ausgearbeitet und veröffentlicht. Die Zeitungsartikel hat der Obermeister unterzeichnet.

In einem dieser Artikel heißt es:

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells glaubt jedoch noch besonders hervorheben zu sollen, daß die Innungsmeister im Hanjabund vereint sind. Diese Feststellung ist nicht mit behaupteter Genauigkeit. Einmal deshalb, weil der Hanjabund aus in unserem Kampfe gegen den Uebelstand des Zentralverbandes der Fleischergehilfen tatkräftige, rühmlichste Unterstützung gewährt hat, und andererseits aus dem Grunde, weil er diese seine Unterstützung auf Grund seiner Richtlinien, ohne nach rechts oder links, nach oben oder unten zu scheitern, den Blick nur „geradeaus gerichtet“, ausgedrückt hat.

Sie bekennen gerne, daß auch in unserer letzten Innungsverammlung am 9. d. Mts. der Geschäftsführer des Landesverbandes Nordwestdeutschland des Hanjabundes, Herr Spohrer, Barthelemy-Ganover, wieder anwesend war.

Diesem Artikel ist nicht widersprochen worden. Der Hanjabund kann auch gar nicht widersprechen. Der Hanjabund hat durch die von ihm gebilligte Tätigkeit seines Sekretärs gezeigt, daß er auch in der praktischen Bekämpfung des Koalitionsrechtes nicht hinter anderen reaktionären Vereinigungen zurückbleiben will.

Seine Innungsverwaltung ruft die Bekämpfung zur Einschränkung des Koalitionsrechtes an, seine Funktionäre erschöpfen es in der Praxis.

Ein Gewerkschaftsbesitz verboten, dann gestattet. In Landeshut i. Schl. erhielt das Gewerkschaftskartell vom Magistrat die Erlaubnis, einen Festzug außerhalb u. die Stadt herum zu veranstalten. Dagegen protestierte das Kartell beim Kreisamtschef, der nun den Festzug ganz verbot. Auf die weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Breslau kam von dort der Bescheid, daß der Festzug innerhalb der Stadt genehmigt sei. Jedenfalls ein für Schlesien sehr selbsterlebiger Zwischenfall.

Stellungnahme der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft zur künftigen Streikpostenverordnung. Die Bezirks-

konferenz des 9. Bezirks des Hirsch-Dunderscher Gewerkschafts der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, umfassend die Bezirke der Kreishauptmannschaften Bauhen und Dresden und eines Teiles der Kreishauptmannschaft Chemnitz, die am 12. Juni in Dresden zusammentrat und fast vollständig beschiedt war, nahm beim Bericht des Bezirksleiters über die wirtschaftliche Lage im Bezirk auch Stellung zur Verordnung der königlich sächsischen Regierung vom 10. Juni d. J., betreffend das Verhalten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten (Streik, Ausperrung). Die Aussprache über diesen Punkt der Verhandlungen endete mit der einstimmigen Annahme der Entschließung gegen die Verordnung, in der es zum Schlusse heißt: „Die heutige Bezirkskonferenz richtet an die königlich sächsische Regierung das Ersuchen, die Verordnung dahin zu ergänzen, daß die in den §§ 4 und 5 angedrohten Maßnahmen nicht nur einseitig gegen Streikposten und Ausgesperrte und Streikende, sondern gegebenenfalls auch einseitig gegen Streikbrecher, Streikbrecheragenten und Auftragsgeber der Unternehmer, sobald diese sich der im § 4 gebachten Verfehlungen gegen Streikende, Ausgesperrte und Streikposten schuldig machen, Anwendung zu finden haben.“

Nun, wenn die Regierung wirklich diesem Wunsche nachkäme, dann stände der geforderte Zusatz doch nur auf dem Papier. Die Streikverordnung verdrängt jedoch gegen das Recht des Streikpostenstehens, daher ist sie geschwundig und darf nicht ausgebaut, sondern muß beseitigt werden.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. Aus dem in Nr. 14 des Zentralblattes christlicher Gewerkschaften Deutschlands erschienenen Jahresbericht für das Jahr 1913 geht hervor, daß die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahr eine neuwertige Mitgliederabnahme aufwiesen. Sowohl die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt, als auch die am Jahreschluß ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die christlichen Gewerkschaften zählten im Durchschnitt des Jahres 1913 insgesamt 342 735 Mitglieder gegenüber 344 687 im Durchschnitt des Jahres 1912. Der Rückgang beträgt also 1902 Mitglieder. Am Jahreschluß 1913 wurden 341 735 Mitglieder gezählt, anstatt der 350 930, die das Jahr 1912 an seinem Schlusse aufgewiesen hatte. Das ist also ein Weniger von 9195. Allerdings ist ja die Wirtschaftslage 1913 der Entwicklung der Gewerkschaften nicht förderlich gewesen, aber die christliche Gewerkschaftsbewegung will überhaupt nicht vom Fleck kommen. Gegenüber den freien Gewerkschaften bilden die christlichen Organisationen nur ein kleines Häuflein, wie nachstehende Gegenüberstellung zeigt. Im Jahresdurchschnitt zählten:

Jahr	Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1909	1 832 667	270 751
1910	2 017 208	295 129
1911	2 320 968	340 957
1912	2 530 390	344 687
1913	2 648 763	342 735

Weibliche Mitglieder zählten die christlichen Gewerkschaften 27 623, die freien aber 223 676.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen im Berichtsjahr 7 177 764 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 569 414 M. Die Ausgaben bezifferten sich 1912 auf 5 222 727 M., und 1913: 6 102 688 M., also 879 961 M. mehr. Das Vermögen vermehrte sich von 8 575 658 M. auf 9 682 796 M. Die freien Gewerkschaften hatten 1912 eine Einnahme von 81 987 974 M. und 74 887 152 M. Ausgaben. Die Vermögensbestände vermehrten sich von 80 997 786 M. auf rund 88 051 570 M., also um 7¼ Millionen Mark.

An Streiks fanden statt:

	Anzahl	Beteiligte Personen
Angewandte	1912 1913	1912 1913
Angewandte	250 234	5399 6 672
Abgewandte	77 72	1345 1 608
Ausperrungen	32 35	3180 12 766

Das ist alles, was an Mitgliedern in erste wirtschaftliche Kämpfe verwickelt war; die meisten Ausperrungen — in Krefeld und Bocholt — wurden so frühzeitig von den christlichen Gewerkschaftsführern vom Kampfsplatz zurückgerufen, daß von einem wirklichen Kampf in vielen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die abgebrochenen Tarife, über die Zahlen nicht angegeben sind, konnten meist auch nur im Schatten der freien Gewerkschaften miterzielt werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen sähe es mit dem christlichen Tarifführen windig aus.

Die ruindende Wirkung der Zündholzsteuer. Aus den Kreisen der Zündholzindustrie sind der Wichtigkeit Zahlen übergeben worden, die unwiderleglich dartun, welche vernichtende Wirkung die Zündholzsteuer auf diese einst blühende Industrie ausgeübt hat. Die Statistik zeigt:

Des Gesamtkontingent der deutschen Zündholzindustrie beträgt nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre vor der Einführung der Steuer (1906/09) zirka 226 000 Kilogramm (600 000 Hektol.). Die Steuer dürfte also bei gleichbleibendem Verbrauch 33,75 Millionen Mark ergeben. Sie erregt tatsächlich im Betriebsjahre 1909/10 14,35 Mill. Mark, 1910/11 19,35 Mill. Mark, 1911/12 22,32 Mill. Mark, 1912/13 21,42 Mill. Mark; im Jahre 1913/14 wird der Ertrag noch geringer sein. Die einzelnen Betriebsjahre beginnen mit dem Oktober.

Der Jahresabsatz der Industrie betrug in den Jahren 1906/09 durchschnittlich 135 Millionen Hektol., im Jahre 1909/10 87¼ Millionen, 1910/11 78, 1911/12 89 und 1912/13 65¼ Millionen. Für das Jahr 1913/14 wird er sich voraussichtlich auf 68 bis 64 Millionen Hektol. belaufen. Die Bevölkerungsziffer beträgt heute 57 Millionen gegen 51 Millionen in den Jahren 1906/09. Der Jahresverbrauch an Holz der Bevölkerung betrug 1906/09 durchschnittlich 2210 Hektol. (6 Holz pro Kopf und Tag); heute ca. 1236 Hektol. (34 Holz pro Kopf und Tag).

Trotzdem ist die Zündholzindustrie nicht für eine Aufhebung der Steuer, sie strebt die Einführung des staatlichen Monopols an, ein Vorschlag, auf den das Reichschatamt aus begründlichen Gründen nicht eingehen will. Vorteil von dem Monopol versprechen sich die Zündholzindustriellen natürlich nur für sich; daß sie die Steuer beibehalten wissen wollen, beweist, wie schnappte ihnen die Allgemeininteressen oder die ihrer Arbeiter sind.

Berlin. Am Freitag, dem 10. Juli, fand die ordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, Abrechnung vom 2. Quartal, wurde verlagt, da von den Mitgliedern niemand anwesend war. Beim 2. Punkt gab Kollege Henrich einen ausführlichen Bericht vom Gewerkschaftskongress in München, welcher ohne Debatte entgegengenommen wurde. Darauf referierte Kollege Boerner über Aufgaben und Bedeutung des internationalen Tabakarbeiter-Kongresses in Wien. Kollege Boerner führte ungefähr folgendes aus: Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband trat bereits im Jahre 1868 mit der Internationale in Verbindung. Im Jahre 1871 lud der Englische Tabakarbeiter-Verband zu einem internationalen Kongress ein, worauf sich im Jahre 1872 der Deutsche Tabakarbeiter-Verband der Internationale anschloß. Dann kam das Sozialistengesetz und der Deutsche Tabakarbeiter-Verband verfiel wie alle anderen deutschen Gewerkschaften der Auflösung. Der erste internationale Tabakarbeiterkongress konnte erst nach dem Sozialistengesetz im Jahre 1890, stattfinden. Weitere Kongresse folgten dann in Zwischenräumen von zwei bis drei Jahren, so daß in diesem Jahre in Wien die Internationale der Tabakarbeiter zum neunten mal zusammentrat. Die internationalen Kongresse beschäftigten sich hauptsächlich, neben dem Bericht des Sekretärs, mit der internationalen Regelung der Unterstellungsaufträge während der Mitglieder-Pflege der Statistik usw. Am Schlusse des Jahres 1913 waren 11 Landesorganisationen mit zusammen 60 631 Mitgliedern dem internationalen Tabakarbeiter-Sekretariat angeschlossen. Bedauerlich ist, daß die Tabakarbeiter-Organisation der Vereinigten Staaten von Amerika dem internationalen Tabakarbeiter-Sekretariat noch nicht angeschlossen ist. Das läßt sich von Frankreich. Kollege Boerner geht dann noch des Näheren auf die Verhandlungen der einzelnen Kongresse, auf denen er zum Teil selbst zugegen war, ein. Folgender Antrag wurde hierauf angenommen: „Der internationale Tabakarbeiterkongress beauftragt den Sekretär, im Laufe der nächsten Geschäftsjahre mit der in Griechenland bestehenden modernen Tabakarbeiterorganisation in Verbindung zu treten, zwecks Anschluß an die Internationale der Tabakarbeiter.“ Als Kandidat zum internationalen Tabakarbeiterkongress wurde Kollege Boerner aufgestellt. Es wurde noch ein Antrag angenommen, zwei Lokalstellen einzurichten, um dem Einzelnen die Teilnahme an der Wahl zu erleichtern.

Leipzig. Sektionsversammlung der Sortierer vom 10. Juli. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Extrarückstellungen sowie der alten Vorkasse; 2. Auffassung eines Delegierten zum internationalen Tabakarbeiterkongress; 3. Bericht des Kollegen D H I g über den Vortrag des Genossen W. Heine (Koalitionsrecht); 4. Verchiedenes. Unter Punkt 1 gab Kollege D H I g die beiden Kassensberichte und wurden selbige an Stelle der abwesenden Revisoren vom Vorsitzenden, Kollegen Steinmeyer, für richtig erklärt. Anschließend wurden die Kollegen, die noch an Darlehen zurückzahlen haben, sowie diejenigen, die noch mit Extramarke reifen, ermahnt, ihren Pflichten halb nachzukommen. Zu Punkt 2 stützte der Vorsitzende, Bericht über den Delegierten zum Kongress D H I g nahm hierzu Stellung und erklärte, daß er es für unmöglich halte, 6 Delegierte zum Kongress zu schicken, 2 genügen nach seiner Meinung auch, der Ruhesten rechtliche nicht die Aufgaben. Auf der einen Seite müsse der Vorstand sparen, auf der anderen Seite gehe es verloren. Aus all diesen Gründen halte er es für angebracht, für Leipzig gar keinen Kandidaten aufzustellen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Im Bericht über den Vortrag des Genossen W. Heine sagte Kollege D H I g ungefähr folgendes: Vor kurzem habe das Kartell aus dem Grunde, weil zuerst gerade die sächsische Regierung im Landtage bemüht sei, das Streikrecht der Arbeiter zu beschneiden, es für angebracht gefunden, einen Vortrag über das Koalitionsrecht halten zu lassen, speziell die Gewerkschaftsfunktionäre seien dazu eingeladen worden; diese sollten dann in ihren Darlegungen den Inhalt des Vortrages weiter verbreiten. Dieser Pflicht wolle er sich hiermit entledigen, es könne natürlich keine Rede davon sein, den Vortrag ganz wiederzugeben, sondern nur die Wille und Wege, die dieser Vortrag gezeigt habe. Genosse Heine habe gesagt, Koalition bedeute Vereinigung der Arbeiter zur Erlangung besserer Lohn- und Lebensverhältnisse. Ein gewisses Recht bestehe eigentlich nicht darauf, es sei dies vielmehr ein ganz natürliches Menschenrecht, nur habe man nach und nach Gesetze geschaffen, um dieses Recht zu erschweren. Die Gesetzgeber hätten diese Gesetze wohl damit begründet, daß hiervon Arbeitergeber und Arbeitnehmer gleich getroffen werden sollten, aber die Praxis habe bald gezeigt, daß sie nur lediglich bei Arbeitnehmern Anwendung finden, während man auf der anderen Seite allerlei Hintertüren gelassen habe. Dies habe nun Auswüchse geschaffen, die den Arbeitern das Streikrecht fast illusorisch gemacht haben, was Genosse Heine an vielen Beispielen gezeigt habe. An den Arbeitern liege es nun, das Unhaltbare an den Gesetzen zu zeigen, alle Fälle, in denen ihnen Unrecht geschieht, zur Anzeige zu bringen und rücksichtslos vorzugehen. Kollege D H I g meint, daß dies nun allerdings in der Praxis nicht so einfach sei, aber trotzdem müsse die Arbeiterschaft, nachdem die Regierung nun die Streikverordnung wirklich herausgegeben habe, immer auf dem Posten sein und im gegebenen Moment, wenn es unter den bestehenden Verhältnissen gar nicht mehr auszuhalten sei, auch einmal ihren Willen zeigen, sich der Willkür nicht zu beugen. Kollege Steinmeyer führt noch einige Beispiele an, die das Unnütze an den Gesetzen klar belegen. Die Anwesenden verfolgten die Ausführungen mit Interesse. Unter „Verchiedenes“ erklärte der Arbeitsnachweisleiter, daß in letzter Zeit mehrfach Unregelmäßigkeiten betreffs des Nachweises vorgekommen seien, was die Führung der Geschäfte doch sehr erschwere und auch ordnungswidrig sei. Hierzu geht folgende Resolution ein: „Auf Grund der letzten Vorlosung beschließt die heutige Versammlung, daß jedes Vergehen gegen den Arbeitsnachweis bestraft wird, ferner, daß jede Veränderung, sowie jede zu besetzende Stelle sofort dem Arbeitsnachweisleiter mitgeteilt wird.“ Weiter geht Kollege D H I g auf den vor kurzem im Tabak-Arbeiter erschienenen Artikel „Ein Ruf an die Leipziger Kollegen“ ein. Er habe den Inhalt so aufgefaßt, als ob der Verfasser darin sagen wolle, daß in den Sortiererbesprechungen nicht so viel an dem Verband herumkritisiert werden solle. Er könne diese Meinung nicht teilen, denn die ganze Einrichtung des Verbandes sei momentan so lächerlich, so unvollkommen, daß der Kritik wohl angebracht sei, speziell die Sortierer hätten ein Recht dazu, da sie durch die Verschmelzung am meisten geschädigt seien, hauptsächlich die älteren Kollegen. Der Verfasser erwiderte, daß er diese Auffassung in den Artikel nicht hineingeklopft habe. Kritik sei am rechten Plage angebracht, aber nicht in einer Form, die direkt gegen den Verband arbeite, Redensarten, wie man könne es niemandem verdenken, wenn er der Versammlung fern bleibe, seien zu vermeiden. Wie könne man nachher noch über schlechten Versammlungsbescheid klagen, und gerade der schlechte Besammlungsbescheid sei der Matrikel zu diesem Artikel gewesen, dabei habe er die eventuellen Entschädigungen mit angeführt: er halte es auch nicht für richtig, einen Artikel, der lediglich der Agitation dienen sollte, hinterher abfällig zu diskutieren. Es kommen dann noch einige interne Angelegenheiten zur Verhandlung und fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, zum Gewerkschaftsfest, das am 28. Juli im Bräuergarten Städtisch abgehalten wird, recht zahlreich zu erscheinen. (Es, die Verbandsleistungen sind lächerlich und unvollkommen? Aber dann muß doch recht gesagt werden, wo die Unvollkommenheiten sind! Auch ist es dann dringend nötig, der Kritik praktische Vorschläge folgen zu lassen. Daß die Sortierer durch die Verschmelzung geschädigt sind, glauben jene Sortierer-Kollegen nicht, die den Verlust der Dinge vorurteillos überblicken haben. Vielmehr bemühen sich die Kritiker einmal, nachzuprüfen, was in Lohnbewegungen seit der Verschmelzung für die Sortierer erreicht worden ist. Und für jene, die die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als eine Nebenfrage und die Unterstützungen als Hauptfrage betrachten, möchten wir die Frage stellen, ob sie glauben, daß der Sortiererverband, wenn er noch bestände, heute noch die alten Unterstützungsätze zahlen könnte? Die Frage ist auch von Sortierern, wie auch die Leipziger wissen könnten, oft mit Reint beantwortet worden. D. Red.)

Zur Warnung der Gewerkschaftstabelle.

Wiederholt müssen wir vor den Praktiken der Firma Emil Ulrich, Dresden und Leipzig, warnen, die als eine ihrer Spezialitäten die Herausgabe von "Arbeiterführern" betreibt. Diese "Arbeiterführer" werden den Parteien kostenlos überlassen und ihnen für den Vertrieb derselben noch bare Zuwendungen in Aussicht gestellt. Die Preisfestsetzung oder unentgeltliche Abgabe der "Arbeiterführer" bleibt den Parteien überlassen. Die Firma macht sich durch Inserate bezahlt, auf deren Aufnahme die Gewerkschaftstabelle natürlich keinen Einfluss haben.

Neuerdings verlegt sich die Firma E. Ulrich, Dresden und Leipzig, auf die Herausgabe eines in das Gewand einer politischen Agitationschrift gekleideten Reklamefests, betitelt: "Die sozialdemokratische Partei des Deutschen Reichstages in Wort und Bild", dessen Verlage sie den Gewerkschaftstabelle zumutet. Das Kartell soll die ganze Auflage gratis bekommen, für den Vertrieb noch obendrein 200 M erhalten und den Abgabepreis nach Belieben festsetzen können. Mit Vorliebe wendet sich die Firma, um die Ausstattung ihrer Inseratenhefte mit Inhalt von örtlichem, gewerkschaftlichem oder politischem Interesse zu erreichen, an die Kartellvorsitzenden oder Arbeiterkorrespondenten, denen sie für ihre Bemühungen ein Extrahonorar von 100 M verheißt. Die genannte Schrift soll einmal vor der Reichstagswahl, also in den Jahren 1915 oder 1916 und dann in zweiter Auflage nach den Wahlen herausgegeben werden.

Es bedarf für unsere Genossen wohl kaum eines besonderen Hinweis, daß diese Art von Propaganda-Literatur nicht bloß wertlos, sondern auch geeignet ist, die gewerkschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Interessen der Arbeiterbewegung ganz erheblich zu schädigen. Wir halten es aber auch dem Ansehen der Gewerkschaften und Gewerkschaftstabelle nicht zuträglich, ihre Publikationen durch Inseratenfirmen bezahlen zu lassen. Solche Angebote sollten grundsätzlich abgelehnt werden. Daß ferner gegen die Verlegung politischer Propagandaschriften seitens der Gewerkschaftstabelle in der gegenwärtigen Zeit der vereinsgesellschaftlichen Schranken ganz erhebliche rechtliche Bedenken bestehen, braucht kaum näher erörtert zu werden.

Wir eruchen deshalb die Gewerkschaftstabelle, die Angebote der Firma E. Ulrich, Dresden und Leipzig, rundweg abzulehnen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieser Warnung gebeten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 68/80, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Geld-, Einzahlungs- und Wertsendungen nur an M. Niederwiesand, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Leichenstraße Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Rindorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Aufsatz bestimmte Aufschriften sind an Emil Gilten, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren. Der Vorstand.

Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen nach § 13. Bremen, der Sortierer Ernst Blant aus ?, geb. 14. 8. 78, eingetr. 1. 6. 08. S II 48 989, Kl. 3. (S. 748, 8. 3. 14.) Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrensortierer Jakob Ritter, geb. 13. Juni 1885, zu Altona, und der Zigarrenmacher Artur Viebing aus ?, Buch S II Nr. 15 742, aufgen. am 13. 6. 1910, befinden, werden ersucht, deren Adressen einzufenden. (S. 654. S. II. 3. 14.) Der Aufsatz ist anzugeben: Von dem Zigarrenmacher Fritz Wedel aus Emmerich. (S. 43, I 3. 14.)

Verlust der Wanderkarte, eine Erfindung!

Am 1. d. M. wurde von Meißer berichtet, daß ein Kollege namens Hermann Wankne seine Wanderkarte als verloren gemeldet habe. Die Wanderkarte sollte in Bautzen ausgestellt worden sein. Eingezogene Erkundigungen haben jedoch die Falschheit als falsch bezeichnet. In Bautzen ist weder Wanderkarte ausgestellt noch ist er dort bekannt geworden durch Arbeiten oder als Fremder. Die Angabe von dem Verlust der Wanderkarte ist also eine Erfindung und wohl zu dem Zweck gemacht, die Bevollmächtigten zu täuschen, um auf bequeme Art in den Besitz einer Wanderkarte zu gelangen und damit in den Besitz von Unterschriften. Es ist sehr zu bezweifeln, ob M. überhaupt Mitglied des Verbandes ist. Wer über M. weitere Angaben machen kann, wird ersucht, es dem Vorstand mitzuteilen. Im übrigen seien die Bevollmächtigten hierdurch besonders aufmerksam gemacht. (S. 731, I 3. 14.)

Umschau nach Arbeit.

Sehr oft kommen Beschwerden darüber, daß sich Mitglieder ohne vorherige Erkundigungen bei der Verwaltung direkt bei den Fabrikanten um Arbeit bemühen und solche erhalten. Für solche Fälle sei daran erinnert, wer von den Mitgliedern es unterläßt, bei der Verwaltung nachzufragen, ob die Arbeit annehmbar ist, verliert den Anspruch auf Umzugs- und Fahrgehaltunterstützung. Es ist Pflicht aller Mitglieder, auch bei sich auf Wanderchaft befindlichen, wenn sie beschäftigten, in einem Orte in Arbeit zu treten, sich vorher an die Verwaltung resp. den Arbeitsnachweis zu wenden.

Lokalkassen-Abrechnungen.

Wiederholt wurde die Beobachtung gemacht, daß die Abrechnungen über die Lokalkassen nicht klar und übersichtlich aufgestellt werden. Es wird dabei sehr oft so verfahren, daß nur der Betrag als zinslegend in Ausgabe gestellt wird, der zufällig in dem betreffenden Quartal belegt worden ist. Das ist falsch und gewährt keine Übersicht über das gesamte Vermögen der Lokalkasse. Es wird dringend gebeten, in Zukunft so zu verfahren, außer dem vorhandenen Vorbestand auch das belegte Geld in die Einnahme zu stellen; ebenso muß dann alles belegte Geld in die Ausgabe eingestellt werden. Der vorhandene Vorbestand mit den belegten Geldern gehört in die Einnahmen und alle belegten Gelder in die Ausgabe.

Strasporto.

Den Bevollmächtigten ist dringend zu empfehlen, bei der Frankierung der Postsendungen mehr darauf zu achten, daß alle Sendungen richtig frankiert werden und dadurch das Zahlen von Strasporto vermieden wird. Besonders ist darauf Obacht zu geben, daß Briefe, die mehr als 20 gr wiegen, mit 20 S frankiert werden müssen. Daß bei Drucksachen und GeschäftsPapieren die Couverts nicht geschlossen werden dürfen und dieselben mit der Aufschrift Druck sache oder Geschäfts p a p i e r versehen werden müssen. Häufig kommt es noch vor, daß Bevollmächtigte bei der Ein- sendung von Mitgliedsbeiträgen diese als Geschäftspapiere bezeichnen,

zugleich aber die Couverts verschließen oder einen Zettel belegen, auf welchem vermerkt wird, daß der Inhaber des Buches auf Wanderchaft gegangen sei oder ähnliche Mitteilungen enthalten. In allen diesen Fällen muß dann Strasporto gezahlt werden. Es ist deshalb notwendig, daß die Bevollmächtigten bei der Ein- sendung von GeschäftsPapieren denselben keinerlei Mitteilungen beilegen, sondern nur den Absender auf dem Couvert angeben. Sind bei der Ein- sendung von Drucksachen und GeschäftsPapieren sachdienliche Mitteilungen notwendig, so sind diese in einem besonderen Briefe oder auf einer Karte zu machen.

Auch soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Statistik- Karten für das Kaiserl. Statistische Amt, die almonatlich ein- gesandt werden, ebenfalls frankiert werden müssen. Die Bevollmächtigten, die annehmen, daß diese Karten unfrankiert besördert werden, befinden sich im Irrtum. Also auch auf diesen Karten muß eine 5-Pennignote beigegeben werden, da sonst ebenfalls Strasporto gezahlt werden muß.

Wir eruchen die Bevollmächtigten, das Vorstehende genau zu beachten, damit für die Folge nicht mehr unnützer Weise Geld des Verbandes für Strasporto bezahlt werden müssen.

Adressen der Vorstehenden der Zentralwahlprüfungs-Kommissionen zum neunten internationalen Tabakarbeiter-Kongress.

- 1. Wahlkreis: Gottl. Osterlag, Altona, Deldersallee 1.
- 2. Wahlkreis: Jos. Domeyer, Dresden, Ribenbergstr. 2.
- 3. Wahlkreis: Fr. Espe, Nordhausen, Wollstr. 14 (Bureau der Tabakarbeiter).
- 4. Wahlkreis: Franz Schnell, Frankfurt a. M., Oneisenaustr. 113, II.

Kandidatenliste zum neunten internationalen Tabakarbeiter-Kongress.

- 1. Wahlkreis: Heinrich Bora, Braunschweig, Gottlieb Osterlag, Altona, Wilhelm Börner, Berlin, Ferd. Reumann, Verden, Robert Henrich, Berlin.
- 2. Wahlkreis: Rich. Verloff, Dresden, Max Clement, Breslau.
- 3. Wahlkreis: Herm. Schmidt, Nordhausen, Wilh. Schüller, Herford.
- 4. Wahlkreis: Gaul. Adolf Heising, Karlsruhe, Gauleiter Georg Durban, Offenburg, Alfred Kiel, Gießen.

Abrechnungen vom 2. Quartal gingen in der Zeit vom 14. bis 20. Juli beim Vorstande ein:

- Gau Hamburg: Verden, Rostock, Delmenhorst, Kellinghusen, Rellingen, Echemed, Uetersen, Hamburg, Habersleben, Norderd., Eulingen.
- Gau Braunschweig: Northein, Genthin, Goslar, Hildesheim, Seesen, Zerbst, Moringen, Celle, Freeden.
- Gau Nordhausen: Walldappel, Wippenhausen, Cassel, Sebesten, Unterrieden, Rothbach, Eislöben, Oberode.
- Gau Herford: Blasheim, Wlatho, Warendorf, Stift-Duernheim, Hübbecke, Hinderkreuz, Soest, Schötmar, Ballenbrück, Düssel-dorf, Kettelehd, Osnabrück, Emigloh, Herford, Odr., Lenginghausen, Eilshausen, Nagen, Spradow, Westerenger, Spenge.
- Gau Frankfurt a. M.: Viebrich, Mainz, Groß-Steinheim, Kreuznach.
- Gau Heidelberg: Menzinghausen, Altkuchen, Lachen, Mingsolsheim, Redareiz, Dettringen, Sandhausen.
- Gau Offenburg: Emmendingen.
- Gau Karlsruhe: Juffenhausen, Schorndorf.
- Gau Erfurt: Salzungen, Klein-Schmalladen, Bölgig, Erfurt, Ronneburg, Gönitz, Gera, Niebschütz, Weisenfels, Samberg, Zeiß.
- Gau Dresden: Frankenberg, Leisnig, Jmidau, Wittenberg, Gai-nichen, Hänichen, Chemnitz, Großhartmannsdorf, Mutschien, Kreisgau, Wurzen.
- Gau Breslau: Hirschberg, Muskau, Halbau, Kawitsch, Friebus, Gahnau, Goldberg, Ransen, Schwerin, Trebnitz, Ratibor.
- Gau Berlin: Fürstendal, Wolterdort, Ludenwalde, Wolgast, Forst, Stremberg, Dobrilugk, Jülichau, Storkow, Spandau, Frankfurt a. O., Basewall.

Adressen der Bevollmächtigten.

- Landesberg (12): 2. Bev. Rud. Schulz, Mehnamstr. 62 II.
- Bonn (4): 1. Bev. Jos. Zimmer, Hundsgasse; 2. Bev. Gerh. Röh-pers, Wilhelm-Rheinstraße; 3. Bev. Carl Meißner, Kl. Fritschstr. sind an den 2. Bev. zu richten.
- Gertrode (2): 1. Bev. Emil Grabe, Neuestr. 3.
- Flörsch (5): 2. Bev. Hugo Wesse, Hauptstr. 6.
- Jülichau (12): 1. Bev. Otto Kamia, Bleiche 10; 2. Bev. Carl Wolff, Zollstr. 10.

Arbeitsangebote.

Ein junger Sortierer zum 1. August. Nachzutragen Arbeitsnachweis: Wilh. Schlüter, Herford i. Westf., Eintrachtstr. 59 II. 8 Zigarrenmacher mit Widelmachern oder Zigarrenmacher, die selbst Widel machen. Nachzutragen Arbeitsnachweis: Franz Schnell, Frankfurt am Main, Oneisenaustr. 113 II.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (S. = Verbandsbeiträge, A. = Annoucen, E. = Extramarcken, S. = Lokalmarken, P. = Protokolle, Z. = Zurückgezahlt):

- 9. Juli: Magdeburg R. 200,—, 10. Juli: Gengenbach R. 65,—, A. 0,80, 11. Juli: Hamburg R. 100,—, Gai-nichen R. 12,76, Dresden R. 1000,—, Kellinghusen R. 150,—, Rendsburg R. 90,—, Wittenberge R. 80,—, Lungenau R. 130,—, 12. Juli: Gr. Rhöden R. 175,—, Dobrilugk R. 65,—, Stuttgart R. 200,—, Neumarkt R. 40,—, Ludau R. 50,—, 13. Juli: Berlin R. 300,—, Nalßen R. 79,30, P. 1,—, Lübeck R. 246,59, P. 1,—, Segeberg R. 40,—, Bölgig R. 150,—, Potsdam R. 90,—, Weisel R. 23,26, Kreisgau R. 245,—, P. 1,—, 3. 4.—, Schmiedeb. R. 150,—, Altmasser R. 55,—, Jmidau R. 140,—, Dahme R. 600,—, P. 1,60, Norderd. R. 250,—, 14. Juli: Kl. Schmalladen R. 20,—, Northein R. 50,—, Blasheim R. 55,—, Hübbecke R. 630,—, Rarel V. 80,—, Mühlenhausen R. 200,—, Warendorf R. 70,—, Walldappel R. 84,32, Halbau R. 60,—, Cottbus R. 100,—, Schönöd R. 100,—, Hanau R. 150,—, Rellingen R. 73,82, 15. Juli: Unterrieden R. 38,—, Verlinghausen R. 240,—, Hildesheim R. 130,—, Striegau R. 300,—, Rühlach R. 50,—, Uetersen R. 60,—, Uetersen R. 10,—, 16. Juli: Bremen R. 400,—, Uetersen R. 60,—, Wlatho R. 250,—, Nagen R. 80,—, Spenge R. 150,—, Basewall R. 30,—, 17. Juli: Herrhausen R. 73,90, Dassel R. 24,42, Schiffbed V. 200,—, Emmerich R. 120,—, Emigloh R. 850,—, Forst R. 40,—, Viebrich R. 60,—, Berlin R. 200,—, 18. Juli: Hamburg R. 150,—, Bremen, den 20. Juli 1914. B. Niederwiesand.

Statistik für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter! Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit berücksichtigt werden können. Es ist überflüssig, wenn kümmerliche Zahlstellen nach der Ver-offentlichung noch Karten einsenden, da diese nicht mehr verwendet werden können.

Wir eruchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gau's über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einlieferung der Angaben anzuhelfen. Von folgenden Zahlstellen ging für den Monat Juni keine Angabe ein:

- Gau Hamburg: Bredstedt, Segeberg.
- Gau Braunschweig: Garbe, Clausthal, Nelmstedt.
- Gau Nordhausen: Oberode, Wippenhausen, Unterrieden, Arnstadt in Thüringen.

- Gau Herford: Neuenkirchen, Wesenkamp, Herzinghausen, Vornen, Al. Nagen, Spradow, Oidendorf i. S., Ostlör, Warendorf, Lage, Hohenhausen, Salzkufen, Duisburg, Emmerich, Hagen bei Herford.
- Gau Frankfurt a. M.: Trier, Rüdigen, Kl. Altheim, Hella, Gerten-bach, Emichswerb.
- Gau Heidelberg: Ebdingen, Röhdersheim, Unterwiesheim.
- Gau Karlsruhe: Nussach, Münden, Röhdersberg, Schönald, Juffen-hausen, Baden-Baden.
- Gau Erfurt: Naumburg, Kreuzburg, Eisenberg, Meuselwitz, Loben-steln, Gera.
- Gau Dresden: Königbrück, Jwentau.
- Gau Breslau: Grünberg, Ratibor.
- Gau Berlin: Tilsit, Stolp, Landsberg, Eberswalde, Senftenberg, Wolterdort.

Arbeitslosenstatistikarten.

Wir eruchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der "Tabak-Arbeiter"-Sendung in ihren Besitz gelangte graue Statistikarten ("Kaiserl. Statistisches Amt") gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 5. August ein-senden zu wollen.

Als Stichtag und Zähltag ist Sonnabend, 25. Juli d. J. zu nehmen.

Mitglieder, welche krank, gemahregelt oder ausge-sperret sind, und freitende Mitglieder dürfen als arbeits-lose Mitglieder nicht mitgezählt werden.

Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht er-füllen, und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einsenden werden.

Zahlstellen, die aus Versähen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.

Zahlstellen, die keine Karten einsenden, werden ver-offentlicht.

Bremen. Der Vorstand.

Gau Herford.

Wahl zum Wiener Kongress am 26. Juli.

Wesenkamp:	beim Kollegen Tappe
Brake, Lippe:	Wirt Geinsscher
Detmold:	in der Zentralhalle
Düsseldorf:	beim Kollegen B. Abdel
Gelsenbeck:	Kollegen Piter
Hagen:	Kollegen Strumberg
Herzinghausen:	Kollegen Heurmann
Hess. Oidendorf:	Kollegen Rehtas
Al. Nagen:	Kollegen Schlümann
Lage:	Wirt Rühlmann
Neuenkirchen:	Wirt Boff
Oberbeck:	Kollegen Giesemann
Orson:	Kollegen Kölsen
Ostlör:	Wirt Wulferhammer
Salzkufen:	Kollegen Th. Paul
Schötmar:	Kollegen Schöber
Schweicheln:	Kollegen Heper
Waldorf:	Wirt Sage
Warendorf:	im Verbandstokal
Wesl:	beim Kollegen Hünberg

Mitglieder-Veranstaltungen.

Alle Mitglieder haben zu erscheinen!

- Sonntag, den 26. Juli: Babbenhausen: Nachm. 1, b. Wehmeier. L.-D.: Delegiertenwahl; Abrechnung; Kartellbericht; Verschidenes.
- Halberstadt: Von 10—11 Uhr Wahl zum Wiener Kongress bei Bollmann, Balenstraße.
- Neubaus: Nachm. 3, Wipfels Union. L.-D.: Abrechnung; Revisoren-wahl. Die Delegiertenwahl findet in der Zeit von 11 bis 3 Uhr im obengenannten Lokale statt.
- Niederbeck: Nachm. 3, b. Hente. Die Delegiertenwahl findet von 11—3 Uhr bei Hente statt.
- Nagden: Beim Kollegen Wilh. Weghast. L.-D.: Abrechnung; Ver-schiedenes.
- Sonntag, den 27. Juli: Bannungen: Ab. 4, im Paradies. L.-D. wird dort bekannt gegeben.
- Sonabend, den 1. August: Chemnitz: Ab. 8, 4, Klauensche Bierhalle, Hainstr. L.-D. wird dort bekannt gegeben.
- Dienstag, den 4. August: Hildesheim: L.-D. wird dort bekannt gegeben.
- Sonabend, den 8. August: Freiberg i. S.: Ab. 4, Union. L.-D.: Bericht vom Gewerkschafts-kongress, Ref. Gaul. Verloff.

Gestorben:

- Am 6. Juli zu Dresden Camilla Weldenhammer aus Dresden, 33 Jahre alt.
- Am 10. Juli zu Dresden Karl Martin aus Sz. Radisch, 63 Jahre alt.
- Am 12. Juli zu Walsheim Pauline Peter aus Weinsberg, 50 Jahre alt.
- Am 17. Juli zu Gertrode a. S. Fritz Biegeler aus (?), 69 Jahre alt.
- Am 20. Juli zu Saugen Ernst Richter aus Lauben-heim, 47 Jahre alt.
- Am 20. Juli zu Verden Johann Kosellus aus Verden, 28 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorstand: Hamburg 81, Morzartstr. 5. Aufsichtsrat: D. Sidon, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.

- Eingegangen vom 16. Juni bis zum 20. Juli: Potsdam 100,—, Wippenhausen 100,—, Finsterwalde 134,—, Pfungstadt 60,—, Arnstadt 24,03, Hoderheim 400,—, Schmölln 50,—, Rellingen 400,—, Brandenburg 250,—, Leheim 80,—, Langwedel 70,—, Hildesheim 10,—, Sterbekasse: Lübeck 74,25, Ottenjen 100,—, Finsterwalde 66,—, Weidenheim 28,45, Elmshüttel 159,24, Braunschweig 10,45, Neuluhheim 79,35, Brandenburg 29,70, Gr.-Steinheim 56,58, Hildesheim—28, Langwedel 24,84, Nussach 9,46, Ramn-heim 7,70.
- Zufüsse: Söbau 75,—, Bölgig 20,—, Eidlengern 30,—, Hitzburg 60,—, Sandhofen 100,—, Hahngörheim 50,—, Freiberg 40,—, Frankfurt 50,—, Gro. Altheim 60,—, Valle a. b. S. 50,—, Trebnitz 30,—, Elmshüttel 268,24, Dresden 100,—, Münden 50,—, Verden 200,—, Weidenheim 33,45, Braunschweig 10,45, Reies 60,—, Dalberstadt 60,—, Hahstedt 100,—, Neuluhheim 79,35, Kl.-Steinheim 100,—, Herford 30,—, Dietesheim 60,—, Franken- und Sterbegeld: 251,67 M.
- Hamburg, den 20. Juli 1914. B. Otto.

Neue hervorragend preiswerte Sumatra-Offerten

Qualitätstabake mit schneeweissem Brand:

Nr. 3146.	Deli My/QB.	Vollblatt 2. Länge, zart, reinfarbig	Mk. 2,60 verz.
„ 3147.	Deli My/QB.	Vollblatt 2. Länge, hell, reinfarbig	„ 3,10 „
„ 3148.	Deli My/P.	Vollblatt 1. Länge, hell, reinfarbig	„ 4,10 „
„ 3150.	S & R/Deli.	Vollblatt 3. Länge, hell, reinfarbig	„ 3,60 „
„ 3151.	S & R/Deli.	Vollblatt 2. Länge, matt, reinfarbig	„ 3,75 „
„ 3152.	S & R/Deli.	Vollblatt 2. Länge, hell, reinfarbig	„ 4,30 „
„ 3153.	Senembah My/K.	Vollblatt 3. Länge, matt, reinfarbig	„ 4,25 „

Mein Angebot in feinen Decktabaken ist konkurrenzlos. Es liegt im Interesse jedes Fabrikanten, meine Offerten zu prüfen.

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Rohtabak-Handlung

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Fabriken

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Geschäfte

Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

empfehlen:

Vorstenlanden-Decke

2. Länge Vollblatt, wunderbare helle Farben,

ganz vorzüglich im Brande

nur 275 Pfennig

pro 1/2 Kilo verzollt

Wollen
Sie Ihren Betrieb
verbessern oder
neu einrichten,

dann beziehen Sie Ihre

Wickelformen,
Arbeits-tische und
Rollbretter, Nebel-
pumpen, Bündelböcke
Preßkästen, Pressen für
Wickelformen u. Kisten
Tabakschneidemaschinen
Tabak-Reißmaschinen
Tabakdarrn, Trockenöfen
Anleim-Maschinen
Brenn-Pressen und
-Platten, etc. etc.

bei uns. Wir garantieren
für bestes Material
und fachgemäße
Ausführung.

L'COHN & CO
Berlin N
Brunnenstr. 24

Gegr. 1870

Preisliste 24

Verlangen Sie

Kostenlos

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfehlen

Sumatra-Decker (schneeweisser
Brand) 180, 200, 220, 240, 250,
260, 280, 300, 310, 320, 340,
400, 420, 450, 500 $\frac{1}{2}$

Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140,
150, 160, 170 $\frac{1}{2}$, Einblatt 130,
140, 150 $\frac{1}{2}$

Java-Decker (hell) 270, 280, 300,
350 $\frac{1}{2}$, (mittel) 200, 230, 240,
250 $\frac{1}{2}$

Java-Umblatt (leicht, flottbrennend)
120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 $\frac{1}{2}$

ava-Einlage 95, 100, 105, 110,
115 $\frac{1}{2}$

orstenland-Decker 180, 200, 230,
240, 260, 270, 300, 320, 350 $\frac{1}{2}$

rasil-Decker 170, 180, 200, 220,
230, 240 $\frac{1}{2}$

Brasil-Einlage u. Umblatt 120,
125, 130, 135, 140, 150, 160,
170 $\frac{1}{2}$

Geschüttene Einlage 110 $\frac{1}{2}$

Garmen-Umblatt 105, 110, 120,
130, allerfeinstes Umblatt 140 $\frac{1}{2}$

Comingo (sehr leicht) 100, 105,
110, 120, 130 $\frac{1}{2}$

eedleaf 110, 120 $\frac{1}{2}$

sgut (stättig) 95, 100 $\frac{1}{2}$,
Original-Mischung 105, 110, 120 $\frac{1}{2}$

avana 150, 200, 250, 300, 400 $\frac{1}{2}$

Decker 650 $\frac{1}{2}$

Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 $\frac{1}{2}$

Unsere beiden treuen Verbands-
kollegen G. Zöllner u. Fr. Gittel-
berg zu ihrem am 1. August statt-
findenden 25jährigen Verbands-
jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Zahlstelle Hoftod.

Ihrem Kollegen
Th. Großhennig

zu seinem am 29. Juli stattfindenden
**25jährig. Verbands-
jubiläum**

die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen der Zahlstelle Hadersteden.
Unsere beiden Mitglieder
**Marie Riefterer und
Georg Jopp**

zu ihrem am 26. Juli stattfindenden
hochzeitliche die herzlichsten Glück-
wünsche. Die Zahlstelle Hadersteden.
Briefkasten.
Hoftod 70 $\frac{1}{2}$
Freiburg 70 $\frac{1}{2}$

Neu eingetroffen!

No. 7669. Mexiko, ganz

schwarz, guter Decker

schneeweisser Brand. . . 5.50

No. 7613. Mexiko-Einlage, li.

Brasil-Ersatz, Decke enthaltend . . 1.70

No. 7549. Brasil-Decke, la. Brand,

guter dunkler Decker . . . 3.25

No. 7643. Ragoe, schönes, gross-

blättriges reifes Umblatt . . . 1.50

No. 7595. Spada Bezoeki, Umblatt

1. Länge, riesig liefernd, billige Decke,

tadelloser Brand. . . 1.80

No. 7656. Deli My KB Lankat, feiner

heller Qualitätsdecker, sehr deckfähig

No. 7499. Deli My L, schöne helle

Decke, guter Brand . . . 2.75

Verlangen Sie gratis u. franko
Tabak-Preisliste No. 110,
Utensilien-Preisliste No. 25

W. Hermann
Müller
Berlin O 27
Magazinstraße 14

Der Trust als Konkurrenzmanöver.

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich die „Konjunktur“, Heft 41, vom 9. Juli, mit der Trust- und Gegentrustfrage und exemplifiziert dabei auf den augenblicklich in der Zigarettenindustrie tobenden Kampf. Wir geben den Artikel nachstehend wieder und betonen, wie wir es bisher in der Stellungnahme zur Trustfrage immer getan haben, daß vor allem die Arbeiter als Produzenten bei ihrer Stellungnahme zu berücksichtigen haben, daß angemessene Löhne gezahlt werden. Das geschieht heute in der Zigarettenindustrie weder von Trustfirmen noch von Antitrustfirmen. Wir sind der Meinung, daß es Trust und Antitrust darauf abgesehen haben, nach Möglichkeit auf Kosten der Entlohnung der Arbeiter ihre Geschäfte profitabel zu gestalten. Wenn der Artikel die Trustfrage mehr vom Standpunkt des Konsumenten behandelt, so ist das bei dem Zweck, der verfolgt werden soll, begreiflich. Schließlich stehen aber auch dem Konsumenten heute Mittel zur Verfügung, zu verhindern, daß ihnen das Fell völlig über die Ohren gezogen wird. Die Geschäftsgewinne in der Zigarettenindustrie beweisen, das heute ein arges Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Unternehmergewinn zugunsten des letzteren besteht, daß man weder vom Trust noch vom Antitrust daran denkt, die Arbeiterlöhne entsprechend dem Geschäftsgewinn aufzubessern. Es ist deshalb auch ein eigenartliches Verlangen, die Tabakarbeiter wie die gesamte Arbeiterschaft überhaupt vor den Antitrustwagen spannen zu wollen.

Die „Konjunktur“ schreibt nun: „In der deutschen Tabak- und Margarineindustrie spielen sich gegewärtig Kämpfe ab, die bezweigen von besonderer Bedeutung sind, weil die Interessenten für ihre Zwecke in weitem Maße die Öffentlichkeit in Anspruch nehmen, was bekanntlich nur möglich ist, wenn man eine zugkräftige Parole auszuspielen vermag, die auf die breite Masse des Publikums wirkt. Solche Stichworte sind um so zugkräftiger beim Publikum, je weniger es ihm möglich ist, das Wesen einer Sache zu ergründen oder nachzuprüfen. Ein solches Stichwort ist z. B. der Begriff Trust. Das Publikum verbindet mit diesem Worte den höchsten Grad wirtschaftlicher Ausbeutung, die direkt gegen die Masse der Konsumenten gerichtet ist. Spricht man von einem Trust, so ist die Sache schon verdächtig, dann ist die Masse der Konsumenten rettungslos verloren. Daß der reine geschlossene Trust selten vorkommt, daß das Maß der Ausbeutung seine Grenzen, daß die Entwicklung zum Trust auch ihre Lichtseiten hat, daß die Gefahren des Trusts durch Gegenorganisationen, sowie durch die öffentliche Gewalt abgeschwächt und beseitigt werden können, daran denkt das Publikum nicht. Es kennt nur Schatten-seiten: jeder Trust ist ihm ein Schreckgespenst; der Trust ist ein Banan für die großen Kinder.“

Die Interessenten im Geschäftsleben kennen die Psychologie des Publikums genau und nützen sie aus. Man würde die Kämpfe, die sich um die Finanzierung und Kartellierung drehen, nicht vor das Forum der Öffentlichkeit schleppen, wenn man nicht wüßte, daß man in diesem Kampfe das Publikum zur Partei machen könnte. In vielen Gewerben spielen sich für das wirtschaftliche Leben weit wichtigere Kämpfe auf dem Gebiete der Kartellierung ab, ohne daß die breitere Öffentlichkeit davon Notiz nehmen würde. Es ist der Tabakindustrie vorbehalten geblieben, die Konsumenten zum Kampf gegen einen Trust zu entflammen. Es soll nun keineswegs etwa bestritten werden, daß ein solcher Trust besteht, und daß er auch in Deutschland seine Organisationen und Macht auszuweihen bestrebt ist, aber man hätte dem Publikum nicht die Aufgabe zumuten sollen, in diesem Kampfe Partei zu nehmen. Denn dazu ist es nicht in der Lage. Das Publikum folgt einfach dem Stichwort, ohne seine Berechtigung zu prüfen oder gar nachprüfen zu können. Und daß man auf diese Schwäche des Publikums von vornherein kalkuliert, das ist, was unter allen Umständen verurteilt werden muß. Denn diese Taktik führt zu einer Verwirrung des Publikums, durch die nicht den Interessen der Konsumenten, sondern zunächst nur einem Teil der rührigen Geschäftswelt genützt wird. Das neue Kampfmittel ist so verlockend, daß das erste Beispiel schon Nachahmung gefunden hat. Auch die Margarineindustrie sucht unter dem Stichwort des Margarinetrusts ihren Wettbewerb mit Hilfe des lieben Publikums auszuweihen. Wenn das so weiter geht, dann können wir noch recht erfreuliche Dinge erleben. Die Lager spalten sich in Trustbetriebe und in Antitrustbetriebe, das Publikum läuft mit den Antitrustbetrieben, die vor Unliegsamkeit geradezu krochen. Und wo man gar einmal gegen diese neueste Art des Wettbewerbskampfes etwas zu sagen, so ist man selbstverständlich ein Anhänger des verderblichen Trusts.

Gut, bekämpft die Trusts, wenn sich in einem Gewerbe ein solcher bemerkbar macht, aber bekämpft sie durch wirtschaftlichen Zusammenschluß der Fabrikanten oder Händler und durch finanzielle Gegenmaßnahmen ohne großes Geschrei, aber laßt das Publikum als Mitstreiter aus dem Spiele. Geschicht das nicht, so ist der Verdacht begründet, daß das Trustgeschrei zum Konkurrenzmanöver wird, und daß hinter all den schönen Redensarten, die dem lieben Publikum gesagt werden, recht wenig sachlich Be-rechtigt steht. Die Transaktionen gegen den Tabaktrust haben schon zu einer gegenseitigen Erbitterung innerhalb der Interessenten der Zigarettenindustrie geführt, die nicht mehr überboten werden kann. Wird man doch, sogar so weit, die Staatsanwaltschaft gegen die Trustfirmen mobil zu machen. Das war ein gelungener Schachzug für die Trustgegner, da es einen gar gewaltigen Eindruck in der Öffentlichkeit machte. Und was ist aus dieser groß an-

gelegten Aktion geworden? Es wäre endlich an der Zeit, daß die Öffentlichkeit von dem weiteren Verfahren Kunde erhielt. Oder sollte die Sache im Sande verlaufen? Dann wäre noch ein ernstes Wort über das Verhalten der Staatsanwaltschaft und über die Kreise, die die Staatsanwaltschaft informiert hatten, zu reden. Daß auch die wirklichen und sogenannten Trustfirmen den Kampf aufgenommen haben und mit allen Mitteln gegen ihre Konkurrenz arbeiten, wer will ihnen dies verdenken? Nun haben gewisse führende Kreise diese Suppe der Zigarettenindustrie eingebrocht, nun muß sie, mag kommen was da wolle, auch ausgelöffelt werden. Das Publikum ist ja augenblicklich im Vorteil auf dem Markte. Es freut sich über die billigen Preise, aber sein Mißtrauen gegen dieses ganze Schauspiel ist doch schon etwas wach geworden. Es haßt die Trusts, aber der Feldzug gegen den Trust dauert ihm zu lange, die Sachlage wird immer verworrener, man weiß nicht, hinter welchen Firmen der Trust steckt, man weiß nicht einmal, ob nicht gar unter den Antitrustfirmen stille Anhänger des Trusts sich befinden, was bei der Unmöglichkeit, alle Firmen finanziell auf Herz und Nieren prüfen zu können, nicht ausgeschlossen zu sein braucht. Was hat hier die Phantasie nicht für Möglichkeiten, sich über die Gefahren der Trusts auszutoben! Wie weit das geht, dafür sei das Beispiel eines Mannes erwähnt, der sicherlich einiges Urteil und viele Kenntnisse, aber keinen nüchternen Blick für die Wirklichkeit und ihre Zusammenhänge besaß. Der verstorbene Schriftsteller Theodor Duimchen hatte den Kampf gegen den Rockefeller-Trust zu seiner Spezialaufgabe gemacht. Um nun die Gefährlichkeit Rockefeller für die ganze Menschheit so drastisch wie möglich zu malen, schildert er, wie Rockefeller über kurz oder lang die sämtlichen Aktien der Deutschen Bank aufkaufte und sich so zum unumschränkten Herren Deutschlands macht. Das ist nicht etwa ein Witz, sondern das hat Duimchen allen Ernstes für wahrscheinlich und möglich gehalten. Und nun denke man sich, was ein Duimchen über den Antitrustkampf im Zigarettengewerbe nicht alles sich ausdenken könnte. Man höre z. B. folgende Version: der ganze Kampf gegen den Trust ist nichts anderes als ein verkapptes Manöver des Trusts selbst. Seine Bestrebungen, in Deutschland sich zum Herren der Zigarettenbranche zu machen, waren auf einem fernen Punkte angelangt, weil der Widerstand der Außenstehenden nicht zu brechen war. In der Kenntnis der Tatsache, daß das Publikum von Natur antitrustfeindlich ist, konnte ein Konkurrenzkampf gegen die außenstehenden Firmen auf Leben und Tod nur dann sicher und ungefährdet inszeniert werden, wenn man die Antitrustfirmen gegen die Trustfirmen mobil machte. Dann waren nach außen hin die Trustfirmen nicht die Angreifenden, was ihnen natürlich sehr geschadet haben würde, sondern sie waren die Angegriffenen, die sich in der Abwehr befanden. Von einer solchen Position aus konnten sie ihre Kräfte weit erfolgreicher wirken lassen. Der Konkurrenzkampf wird die Gegner schwächen, sie werden Kapital nötig haben, und wir — der Trust — werden schon dafür sorgen, daß die noch außenstehenden Firmen Kapital erhalten, das letzten Endes von uns kontrolliert werden kann. Und so endet dann der große und scharfe Antitrustkampf mit einem glatten Siege des Trusts. Das ist eine Phantasie a la Duimchen, genau so wahrscheinlich oder genau so unwahrscheinlich, wie es die Geschichte mit dem Aufkauf der Deutschen Bank durch Rockefeller ist.

Die Leser haben die Wahl, ob sie diese Deutung glauben oder nicht glauben wollen. Das Wissen ist aus diesen Kämpfen so, wie sie heute geführt werden, gerirrt. Es gibt ja auch gar keine Instanz, die uns sachlich aufklären könnte. Gerade aber deswegen ist es so verfehlt, bei solchen Dramen das Publikum zur Mitwirkung heranzuziehen. Das rächt sich meistens für diejenigen Kreise schwer, die die Weiter zum Kampfe für die große Sache aufgerufen haben. Denn die große Sache entpuppt sich schließlich als ein scharfer Wettbewerbskampf der Interessenten, bei dem das Publikum dem einen Teil zum Siege verhelfen soll. Nämlich es zum Siege, so würde das Publikum für seine Mitwirkung damit belohnt, daß nach Ausschaltung der Konkurrenz die Preisschraube schärfer als je angezogen würde. So würde es der Trust machen, wenn er die Oberhand gewinnen würde, so würde es der Antitrust machen, wenn er den Trust niederzwänge. Denn — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — die den Trust bekämpfenden Firmen sind in dem Moment selbst ein Trust geworden, da sie sich zum Kampfe gegen den Trust zusammengeschlossen haben. Es streiten sich demnach zwei Trusts um das Geld des Publikums. Dagegen ist nichts zu sagen. Das ist sogar ganz gesund so. Aber das Publikum soll diesen Kampf den Interessenten überlassen, und allen Verhandlungen gegenüber, die darauf beruhen, eine Parteinahme des Publikums zu veranlassen, sehr heischig bleiben. Dann fährt das Publikum am besten und den Interessenten ist schließlich genau beschehen damit auch am besten gedient.“

Mitteilungen aus dem Beruf

Die Hausarbeit in der braunschweigischen Tabakindustrie. In der letzten Handelskammerung wurde mitgeteilt, daß auf eine Anfrage des Herzoglichen Staatsministeriums, ob in gleicher Weise wie in Preußen auch für das Herzogtum Braunschweig ein Bedürfnis für den Erlass von Vorschriften zur Durchführung der Bestimmungen des Bundesrats über die Hausarbeit in der Tabakindustrie vorliegt, beantwortet worden ist, daß die von Untertanen vergebene Hausarbeit in der Tabak- und Zigarettenfabrikation stark zurückgegangen sei. Jedoch seien die

Fabrikarbeiter vielfach noch für eigene Rechnung in Hausarbeit tätig oder seien ganz zu eigenen hausgewerblichen Betrieben übergegangen. Demnach könne ein Bedürfnis nach Erlass gleichartiger Bestimmungen anerkannt werden.

Wis hierher und nicht weiter! In diesen Zornesruf klingt eine Betrachtung aus, die in der „Süddeutschen Tabakzeitung“ über einen neuen Trick des Tabaktrustes angestellt wird. Kaum hat er 2 Millionen Mark als Lohnmittel für die Händler ausgeworfen, da kommt er mit folgender neuen Kellame an die Händler heran:

Dresden-N., den 15. Juli 1914.

„Wir gewähren Ihnen für die Zeit vom 15. Juli bis einschließlich 15. September d. J. einen außergewöhnlichen Extra-Rabatt von 10 Prozent auf den Nettostaturenbetrag derjenigen unserer Marken, mit denen Sie uns gleichzeitig mit jedem Tausend Jasmani-Zigaretten mindestens zweihundert Batschari-Zigaretten in Auftrag geben.“

Eine Preisliste der gängigsten Marken der Zigarettenfabrik Batschari finden Sie nebenstehend, die Lieferung und Fakturierung der uns bestellten Batschari-Zigaretten erfolgt ab Fabrik Baden-Baden.

Aufträge zur Lieferung nach dem 15. September dieses Jahres unterliegen unter keiner Bedingung der Vergünstigung dieses Zirkulars.

Auf die uns aufgrund unserer heutigen Zirkulare zugehenden Bestellungen sieht unsern Kunden in Deutschland selbstverständlich ebenfalls die mit unterm Rundschreiben vom 30. Juni 1914 eingeräumte gemeinschaftliche Umzugsvergütung zu. Durch die mit diesem Zirkular zur Verteilung an unsere Kunden bereitgestellten zwei Millionen Mark sind uns umfangreiche Aufträge zugegangen, die sich voraussichtlich durch unser heutiges außergewöhnliches Angebot noch erhöhen werden. Wir bitten Sie daher, uns Ihre Bestellungen rechtzeitig zu erteilen, damit wir inskande sind, dieselben nach Möglichkeit schnellstens zur Ausführung zu bringen.

Unsere Reisenden und Vertreter sind nicht berechtigt, Offerten zu unterbreiten, die von untern Preislisten und Zirkularen abweichen; alle Aufträge und Abmachungen unterliegen der Genehmigung unseres Hauptkontors in Dresden.

Godschalinghsvoll

Georg A. Jasmani Mt.-Ges.

Daß nun auch die Firma Batschari dem Trust ganz und gar verfallen ist, bringt die Trustbekämpfer, von denen im Laufe der Zeit vielleicht noch dieser oder jener den selben Weg geht, schier aus dem Häuschen. Und doch ist das Ganze nicht weiter, als ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf, nur, daß er hier mit amerikanischem Kapital betrieben wird. Daß er übrigens geführt werden kann, ist nur deutschen Profitmachern zu verdanken, die eben im Trust ihr Schicksal glauben besser sichern zu können. Das ist der ganze Witz bei der Geschichte.

„Wis hierher und nicht weiter!“ Soll dieses stolze Wort eine Drohung gegen den Trust sein, so sind wir neugierig, welche Schranke die Trustbekämpfer dem Trust ziehen werden. Wahrscheinlich würde sie wohl bald durch einen neuen Kellame trieb übersattert werden. Einem smarten amerikanischen Profitjäger fällt so etwas nicht schwer.

Die bayrische Regierung gegen den Tabaktrust. Das bayrische Kriegsministerium hat die Verwaltung sämtlicher Offiziers-, Fähnrichs- und Unteroffizierspfeifeanstalten sowie die Mannschafs- und Arbeiterkantinen des bayerischen Heereskontingents angewiesen, keine Zigaretten der sieben Trustfabriken zu kaufen, sondern den Bedarf ausschließlich bei trustfreien Firmen zu decken.

Zur Berichtigung. Die Trustabwehr-Correspondenz erklärt, wir hätten das Breiische Wort, daß die Preisschleuderei gemeinschaftlich mit dem Trust zu bekämpfen sei, falsch aufgefaßt. Herr Greier habe gemeint, daß die Preisschleuderei zugleich, aber nicht gemeinschaftlich mit dem Trust bekämpft werden müsse. — So! Da hätte man sich eben nicht falsch ausdrücken dürfen!

Bewegungen im Beruf.

Mannheim. In der Mannheimer Rohstabakbranche ist es zum Streik und zur Aussperrung gekommen. Nachdem alle Verhandlungen wegen Lohnverbesserung und Abschluß eines neuen Tarifvertrages gescheitert waren, beschloßen die Arbeiter, zunächst bei vier Firmen in den Streik zu treten. Soweit Kündigung nicht bestand, legten die Arbeiter am 13. Juli die Arbeit nieder, während die übrigen Arbeiter am 11. Juli ihre Kündigung eingereicht hatten. Der Vorsitz der Rohstabakhändler hat dann am 13. Juli die Aussperrung aller Rohstabakarbeiter beschloßen. Alle Arbeiter, die keine Kündigungsfrist hatten, wurden sofort ausschloßert, während den übrigen Arbeitern gekündigt wurde. Der Unternehmerverein hat gleichzeitig beschloßen, daß die einzelnen Unternehmer jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen abzulehnen haben. Es ist dringend erforderlich, daß der Zuzug nach Mannheim ferngehalten wird.

Werther, Theohausen, Süderkreuz. Die Arbeiterschaft der Firma M. E. Weinberg (Sitz Werther) hatte schon seit längerer Zeit unter ganz besonders ungünstigen Arbeitsverhältnissen zu leiden, so daß die Arbeiter in allen 3 Betrieben einmütig beschloßen, Lohnforderungen einzuziehen. Die angeböhten Verhandlungen blieben resultatlos und wolkten deshalb die Arbeiter die Kündigung einreichen. Ebe es aber dazu kam, hat die Firma zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen und den organisierten Arbeitern gekündigt. Wer aus dem Deutschen Tabakarbeiterverband austritt, kann weiter arbeiten. Die Kollegenchaft bei der Firma Weinberg wird es sich jedoch recht reißlich überlegen, ob sie der Firma diesen Gefallen tun wird. Die Arbeiter haben nur zu deutlich gefühlt, daß sie gerade dieser Firma gegenüber eine geschlossene und starke Organisation nötig haben. Zuzug nach den Weinberg'schen Betrieben in Werther, Theohausen und Süderkreuz muß strenge ferngehalten werden.

Zielenzig. Bei den Firmen Herm. Barsch und W. Zedler haben die Arbeiter am 8. Juli Lohnforderungen eingereicht. Nach ehe es zu Verhandlungen kam, haben die Fabrikanten ihren Arbeitern gekündigt. Ob es zur Aussperrung kommen wird, bleibt abzuwarten. Ebenfalls ist es notwendig, den Zugang nach Zielenzig fernzuhalten.

Brenzlau. Der Streit bei den Firmen R. Krause, E. Schulz und W. Bachau dauert unverändert fort. Die Fabrikanten haben bisher nicht nur jedes Entgegenkommen abgelehnt, sondern haben den Arbeitern zugemutet, mit Lohnkürzungen einverstanden zu sein. Auf solche Unternehmerrückgriffe gibt jeder Arbeiter die beste und einzige richtige Antwort dadurch, daß Zugang nach Brenzlau auf das strengste ferngehalten wird.

Goch (Rheinland). Die Lohndifferenzen bei der Firma Ge. S. L. u. m. e sind noch nicht erledigt, und wird deshalb ersucht, den Zugang nach Goch fernzuhalten.

Dresden. Schon seit langer Zeit ist die Arbeitslosigkeit am Orte außerordentlich schlecht. Da demnächst noch mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen sein wird, wird dringend ersucht, den Zugang von Zigarrenarbeitern und Widelmachern fernzuhalten.

Bischpferda. Wegen Lohndifferenzen ist der Zugang nach Bischpferda und Schmölln b. B. W. j. fernzuhalten.

Schmöln (Sachf.-Altenburg). Die Firma E. Seyfarth führte einige neue Sorten ein und bot den Arbeitern dafür Löhne, die als zu niedrig bezeichnet werden mußten. Eingeleitete Verhandlungen führten dazu, daß die Firma den Lohn bis zu 60 % pro Wille erhöhte.

Streik und Aussperrung in der Mannheimer Rohstabakbranche.

Als die Mannheimer Rohstabakarbeiter in die Lohnbewegung traten, war es ihr Wunsch, möglichst auf friedlichem Wege Verbesserungen zu erzielen. Sollte das aber nicht möglich sein, so waren sie auch bereit, auf dem Wege der Arbeitseinstellung Gebrauch zu machen. Ihr Wunsch ist durch die Herabsetzung der Löhne nicht erfüllt, um so weniger haben sie ihren Entschluß zur Durchführung gebracht. Einmütig wurde in vier Betrieben am 11. Juli die Arbeit eingestellt resp. gekündigt. Damit hatten die Rohstabakarbeiter nicht gerechnet, so viel Energie hatten sie den Fabrikanten nicht zugetraut. Schon am 13. Juli waren sie einander und beschloßen einstimmig, ihre sämtlichen Arbeiter auszusperrten. Am folgenden Tage wurde dieser Beschluß in die Tat umgesetzt und alles wurde auf die Straße geworfen. Auch die Arbeiter von zwei Betrieben, welche nicht organisiert und deshalb an der Bewegung nicht beteiligt waren, wurden mit ausgesperrt. Die Arbeitgeber haben damit denen einen klaren Anschauungsunterricht gegeben, die da glaubten, durch ihre Organisationslosigkeit bei den Unternehmern lieb sein zu sein, und das freiwillig von ihnen erhielten, was andere sich eringen müßten. Hoffentlich lernet auch die Rohstabakarbeiter anderen Ortes aus solchen Vorgängen. Schaden kann es nicht, vielleicht trifft sie es auch mal so.

Die Mannheimer Rohstabakarbeiter setzen einig und geschlossen da. Kein Arbeiter ist zu verzeichnen. Männer, die 20 Jahre und noch länger bei demselben Unternehmer arbeiteten, neben jungen Mädchen, Witwen, die schwer zu sorgen haben, um ihre Kinder zu ernähren, alle, ob jung oder alt, männlich oder weiblich, sind bereit, für bessere Verhältnisse zu kämpfen. Fürwahr, ein erhebendes Gefühl! Deshalb muß auch die Bewegung von den Arbeitgebern in Mißtraut gebracht werden, und da man die Forderungen nicht als übertrieben oder unzulässig bezeichnet werden kann, wird behauptet, ein Teil der Arbeiter sei unter Kontraktbruch in den Streik getreten. Dabei handelt es sich um ganze ganze Personen, bei denen es mindestens noch zweifelhaft ist, ob sie eine Kündigungsfrist haben oder nicht, von denen man also im allgünstigsten Falle annehmen kann, sie hätten Kündigungsfrist.

Und dann die schlechte Geschäftslage. Als ob die nicht immer dann gerade vorhanden wäre, wenn es sich um Lohnforderungen für die Arbeiter handelt. Daß solche aber bewilligt werden können, beweisen schon die Angehörigen eines Arbeitgebers an die Organisationsvertreter. Wenn es aber gilt, für andere Zweige der Rohstabakindustrie eine schlechte Geschäftslage herbeizuführen, dann sind die Mannheimer Rohstabakarbeiter auch mit von der Partie. Haben sie doch in derselben Versammlung, in der die Ablehnung der Arbeiterforderungen beschlossen wurde, sich für eine Erhöhung der Zigarettensteuer ausgesprochen.

Und nun zum Schluß: Auch in der Rohstabakbranche werden die kleinen Betriebe immer mehr von den großen aufgelesen. Diejenigen kleiner Arbeitgeber, die sich mit den großen auf denselben absehenden Standpunkt stellen, nämlich die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, beschleunigen diesen Prozeß zu ihrem eigenen Schaden.

Berichte.

Begegnung. In der Mitgliederversammlung am 3. Juli wurde in Gegenwart des Gauleiters über eine neue Sorte der Firma Gebr. Grote, Begegnung, verhandelt. Da der Arbeitslohn zu niedrig

ist, soll sich der Gauleiter an die Firma wenden. Es wird in der nächsten Regulatorik richtiger und sich wegen Arbeit direkt an die Begegnung-Fabrikanten wenden. Der Gauleiter empfiehlt, ihm in Zukunft solche Fälle zu melden, damit mit diesen Kollegen ein ernstes Wort geredet werde. Zum Schluß gab Kollege Hadelberg einen kurzen Bericht über den Gewerkschaftskongreß in München, wobei er besonders die Punkte besprach, die für die Tabakarbeiter von besonderem Interesse sind.

Hamburg-Altona. Mitgliederversammlung am 11. Juli im Gewerkschaftshaus. Ramde gab die Abrechnung vom 2. Quartal 1914. Die Einnahme und Ausgabe der Verbandskasse bilanziert mit 15 470,14 M. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 2218,80 M. für Krankenunterstützung 2229,70 M. verausgabt, an den Vorstand in Bremen wurden 8200 M. geschickt. Den Verwaltungsbericht erstattete O. P. Er hob eingangs hervor, daß die Verwaltung unter Hinzuziehung der Sektionsleitungen und der Fabrikbelegierten eine Hausagitation für Gewinnung neuer Mitglieder vorgenommen habe. Wenn auch der Erfolg vorläufig nicht besonders groß sei, so sei doch zu hoffen, daß wir auf diesem Wege mit der Zeit Erfolge erzielen, denn wir denken uns diese Agitation als eine ständige Einrichtung und bitten die gesamten Mitglieder, uns dadurch zu unterstützen, daß sie uns Adressen von unorganisierten Kollegen zufinden. Betreffs der Arbeitslosigkeit sieht das zweite Quartal noch günstiger als das vorige. Wir hatten Arbeitslose zu verzeichnen: Zigarrenarbeiter: 265 männliche mit 2604 Tagen, durchschnittlich 9,1 pzt.; 74 weibliche mit 611 Tagen, durchschnittlich 8,25 pzt. Sortierer: 76 männliche mit 1403 Tagen, durchschnittlich 19,6 pzt.; 3 weibliche mit 57 Tagen, durchschnittlich 19,0 pzt. — Arbeitsnachweis: Gefuche: 304 Hilfsarbeiter, 1 Hausarbeiter, 3 Zigarrenarbeiter, 6 Widelmacher, 6 Koller, 85 Zurihterinnen, zusammen 403. Besetzte Stellen: 280 Hilfsarbeiter, 1 Hausarbeiter, 3 Zigarrenloschausarbeiter, 2 Widelmacher, 1 Kollerin, 2 Zigarrenarbeiterinnen, 78 Zurihterinnen, zusammen 376. Den Bericht vom Gewerkschaftskongreß gab der Gauleiter Hadelberg. Er erklärte, daß auf seinem der Kongreß, an dem er teilgenommen, eine solche herrzerregende Kampfstimmung geherrscht habe wie auf dem Münchener Kongreß. Dies sei leicht begreiflich. Mächtvolle Organisationen, zu denen die Gewerkschaften im Laufe der Jahre geworden sind, werden durch die jetzt besonders starken Vorstöße des Unternehmertums und der mit ihm verbundenen staatlichen Organe nicht in gedrückte Stimmungen gebracht, sondern betonen den Kampfscharakter nur um so energischer. Im Vordergrund stand die Erörterung wichtiger, sozial-politischer Materien, auf deren Behandlung nach den Worten Leigens wieder dieser noch ein künftiger Gewerkschaftskongreß, trotz aller Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften gemacht werden, verzichten dürfte. In selbstbewusster Weise hat der Kongreß seine Arbeit erledigt und seine Beschlüsse gefaßt, mit denen auch die Tabakarbeiter durchaus zufrieden sein können. In der Diskussion an der sich Guth, Ramde, Selpin und Sander beteiligten, wurde hauptsächlich auf die Frage der Betriebsorganisation und des Massenstreiks beim etwaigen Raub von Arbeiterrechten eingegangen. Zum dritten Punkt, Aufstellung eines Kandidaten zum Internationalen Tabakarbeiterkongreß in Wien, berichtet O. P. tag: Deutschland stellt 5 Delegierte, davon nimmt der Vorstand in Bremen einen Delegierten in Anspruch. Die übrigen 4 sind in 4 Wahlbezirken durch die Mitglieder zu wählen. Hamburg-Altona ist als Vorort im 1. Wahlbezirk bestimmt. Bis jetzt ist nur ein Kandidatenvorschlag bei mir eingelaufen. Aus Braunschweig und Drantenbaum ist der Kollege Borat in Vorschlag gebracht. Nun sind wir in der Verwaltung der Meinung, daß Hamburg-Altona ein ganz besonderes Anrecht auf einen Delegierten hat, da wir hier ja hauptsächlich mit dem Fremdenverkehr zu rechnen haben. In der Diskussion schlug Beggerow Hadelberg vor. Zwerger berichtet: In der Sitzung der Verwaltung, in der wir uns mit der Sache beschäftigten, wurde O. P. tag einstimmig in Vorschlag gebracht, er bittet, für O. P. tag einzutreten. Hadelberg gab die Erklärung ab, auf die Kandidatur vorläufig zugunsten O. P. tags zu verzichten. Sollten aber aus dem Gau Vorschläge kommen, die seine Person betreffen, dann kann er nicht zurücktreten und dann müßte sich Hamburg-Altona mit zwei Kandidaten abfinden. Es besaßen sich nun noch mit der Sache Guth, O. P. tag, Sander, Selpin, Irensen, Drimann und Horn, die teils für Hadelberg, teils für O. P. tag eintreten. Sander beantragte eine Abstimmung über beide Vorschläge. Dieses wurde abgelehnt. Hierzu wurde O. P. tag einstimmig zum Kandidaten bestimmt. Guth stellte und begründete einen Antrag, der vom Kongreß die obligatorische Einführung eines Beitrages zu einem internationalen Streifonds verlangt. Nachdem Ramde, Beggerow, Brandt und Hadelberg dagegen gesprochen, wurde der Antrag gegen 2 Stimmen abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ fragte Strandt, ob die Kollegen bei der Großeinlaufsgesellschaft auch in diesem Jahre den 1. Mai bezahlt erhalten haben. Beggerow bejaht dies. Hadelberg wurde es nicht billigen können, wenn die Kollegen von der Großeinlaufsgesellschaft in diesem Jahre gezwungen würden, den 1/2 Tagelohn, den sie erhalten, an die zuständige Stelle abzuführen zu müssen, da diese ja schon hart genug durch die Reduzierung auf 1/2 Arbeitszeit während zehn Wochen und Absprengen von vier Wochen betroffen seien. Hierauf schloß der Kongreß.

Schöml. Am 13. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Quartalsbericht; 3. Bericht vom 9. Gewerkschaftskongreß und 4. Verschiedenes. Der Kassierer verlas die Abrechnung, welche bei der Hauptkasse mit 355,56 M. und bei der Lokalkasse mit 204,31 M. bilanzierte. Die Revisoren fanden alles ordnungsgemäß vor und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Unter Gauleiter R. Gerloff erstattete nunmehr den Bericht vom 9. Gewerkschaftskongreß in ausführlicher Weise, dabei hervorhebend, daß der Kongreß den schärfsten Protest gegen alle Willkürlichkeiten der herrschenden Klassen und vor allem gegen die Verurteilungen der Polizeigebühren, welche die freien Gewerkschaften als politische Vereine empfinden, erhoben hat. Um die Umgehung

seiner Grundrechte abzuwehren, müßte sich jeder Gewerkschaftler diesem Proteste anschließen. Dieses könnte am wirksamsten gestaltet werden, wenn jeder für die Gewerkschaften sein Möglichstes einsetze. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Unter Verschiedenes fragte Kollege E. H. e. r den Gauleiter, ob er Schritte unternommen hätte, auf die Eingabe der Verwaltung, daß ein Betrieb der O. G. O. nach Schöml komme. Der Gauleiter gab hierzu die nötige Aufklärung und gab man sich damit zufrieden. Zum Schluß betonte der 1. Bevollmächtigte, daß noch große Interessehaftigkeit unter den hierorts organisierten Tabakarbeitern herrsche, denn das beweise der schwache Besuch der Versammlung. Jeder Kollege müßte doch wissen, welches große Hindernis noch zu beseitigen ist, wenn es gilt, für bessere Zeiten zu kämpfen. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, an jeder Versammlung teilzunehmen.

Bremen. Mitgliederversammlung vom 16. Juli. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. 9. internationaler Tabakarbeiterkongreß; 3. Bericht der Ortsverwaltung; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt wird die Abrechnung vom 2. Quartal zur Besprechung gebracht und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Dann führt Kollege Niendorf über den bevorstehenden internationalen Tabakarbeiterkongreß etwa folgendes aus: Die deutschen Tabakarbeiter waren die ersten, die zur gewerkschaftlichen Organisation gekommen sind. Auch in der internationalen Bewegung sind sie bahnbrechend vorangegangen. Im Jahre 1871 tagte in London der erste internationale Tabakarbeiterkongreß. Ein Jahr später tagte in Amsterdam der zweite Kongreß, der sich mit der Frage beschäftigte, wie die Lage der Tabakarbeiter zu verbessern sei. Während der achtziger Jahre fand kein Kongreß statt. Erst im Jahre 1896 tagte wieder ein Kongreß in Antwerpen, der sich hauptsächlich mit einer internationalen Regelung der Unterstützungen befaßte. Diese Frage wird auch nun wieder als Hauptpunkt des 9. Kongresses behandelt werden. Die internationale Bewegung hat sich entschieden gehoben. Nicht nur, daß sich eine Anzahl Organisationen angeschlossen haben, sondern auch die Gebanlen der internationalen Verbände haben Fortschritte gemacht. Gegenwärtig umfaßt der Verband in 11 Ländern mit 662 Ortsvereinen 60 662 Mitglieder, von denen 30 115 weibliche sind. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten ihren Beitritt in Aussicht gestellt, doch nicht erfüllt, obgleich in Amerika darüber eine Urabstimmung stattgefunden hatte, von der man aber bislang nichts erfahren hat. Die Klassenverhältnisse in diesen Organisationen sind einigermaßen günstige zu nennen. Sie hatten insgesamt einen Massenbestand von 492 061 M. Auch das Sekretariat hat sich gut entwickelt: es hatte am Schluß des Jahres 1913 einen Massenbestand von 14 355,26 M. Ein anderer wichtiger Punkt des Kongresses ist, in den Unterstützungsleistungen einen Ausgleich zu schaffen. In Nordamerika wandern die Tabakarbeiter fast von einem Lande zum andern. Diese Auswanderungsstufen können sich zum größten Teile nach Deutschland, wodurch wir in die wenig angenehme Lage versetzt werden, eine Menge Reisunterstützung auszu zahlen. Umgekehrt ist das nicht so der Fall. Namentlich müssen die Auswanderungsprämien in Fortfall kommen, denn Dänemark zahlte z. B. jedem Auswandernden 8 Kroner Prämie. Mittlerweile hat Dänemark jedoch diese Prämien eingestellt. Trotzdem kommt für uns noch immer eine verhältnismäßig hohe Summe in Betracht. Zur Regelung dieser Frage soll dem Kongreß ein Antrag vorgelegt werden, ein internationales Wanderbuch einzuführen, damit die Unterstützungen von den betreffenden Ländern zurückerstattet werden können. In London wurde beschlossen, daß eine halbjährliche Mitgliedschaft genügen sollte, um Unterstützungen zu beziehen. In Amsterdam fand eine Resolution Annahme, daß die einzelnen Länder ein Uebereinkommen treffen sollten, um Unterstützungsfragen zu regeln. Wir haben keine Ursache, die Unterstützungen zu leisten, zumal die Beitragsleistungen in manchen Ländern weit niedriger sind. Noch ein Antrag wird dem Kongreß vorgelegt: Die skandinavischen Länder beantragen, daß in Fällen von Streiks besondere Beiträge zu erheben sind. Dieser Punkt hat schon früher zu Differenzen geführt, die zur Folge hatten, daß England aus dem internationalen Verbands austrat. In Antwerpen wurde beschlossen, daß ein Streifonds eingeführt werden sollte, in den 10 % pro Mitglied und Jahr gesteuert werden sollten. In Basel hat man die Sache etwas eingedämmt, indem erst nach einjähriger Mitgliedschaft zur Organisation Streifenunterstützung gezahlt werden sollte. Dieser Streifonds wurde 1904 in Paris wieder aufgehoben und sollten Streiks nur in außerordentlichen Fällen von der Internationalen unterstützt werden. Nun scheinen aber die nordischen Länder aus neuem einen Streifonds einzurichten zu wollen. Von der „Internationalen Rundschau“ sind bisher vier Nummern erschienen, doch ist hierzu zu bemerken, daß die Berichterstattung sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es wird von Deutschland beantragt, die Rundschau jeden Monat herauszugeben. Hierdurch hofft man eine bessere Annäherung der einzelnen Länder zu erreichen. Eine Verbesserung über den Antrag fand nicht statt. Die Versammlung beschloß, die Kandidatur des Kollegen Borat zu unterstützen. Zum dritten Punkt legt Bobbenkamp das Referat von fünf Lohnbewegungen dar, wobei besonders das Verhalten der Kollegen der Firma Wende moniert wurde. Auch wurde das unumrüttliche Verhalten einiger Kollegen bei der Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis einer Kritik unterzogen. Einem andern Fall führte Bobbenkamp an, indem ein Sortierer entlassen worden ist, für den ein anderer Sortierer in niedrigeren Wochenlohn eingestellt wurde. Nachdem dieser Kollege organisiert ist, wendete er sich, die Arbeit wieder aufzugeben. Da nach Lage der Dinge bei der Firma weiter nichts zu erreichen war, beschloß die Versammlung, das Ausschlussverfahren gegen den Kollegen einzuleiten. Weiter wurde noch heroten über Madagascarumsetzung einer Lohnänderung der Zigarettenfabrik Leomona. Hierüber schrieben noch Verhandlungen.

Briefkasten der Redaktion.

Raumangel halber mußten einige Briefe für die nächste Nummer zurückgeschickt werden.

J. H. Koopmann, Bremen
Parasprocker 3946 Neustädtswall 36 Parasprocker 3946
empfehlen in besonderer Preiswürdigkeit:
Sumatra-Decker, Kollblatt 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 400, 460, 500
Sumatra-Umblatt, Kollblatt 160
Sumatra-Umblatt und -Einslag (scharf) 100, 110
Java-Decker, bunt, 160, 220, 240, Java-Umblatt 140, 150, 160, 169
Java-Einslag 95, 100, mit Umbl. 100, 105, 110, 120
Vorstenland-Decker 160, 180, 200, 220, 240, 260, 275, 300, 320
Brasil-Decker 180, 210, 250
Brasil-Einslag u. Umbl., leicht u. trocken 130, 140, 150, 160, 170
Nidelformen (schliffen-Abdrucke) verleihe gratis und franco. Neue, schwebende Formulare mit Hochgewinde, besonders fast geschliffen, für 10 bis 12 Formulare, pro Stück 7,50 M. Gesamt-Transport, allererste Ware, größte Robstkraft, per Pfd. 250 M. Zigarettenband von 50 Meter-Rolle, gew. 80, 100, 120, 135, 150, rot 130 M., Band-Abdruck, groß und leicht, pro 100 Meter-Rolle 150 M.
Preis per Hund verhält sich demselben Wert. Versand nur nach Nachnahme.

Otto Brandes
1777 Rohstabeke 1777
Bremen, Weststr. Nr. 96
empfehlen als besonders preiswert:
Sumatra-Decker 170, 190, 200, 220, 230, 250, 300, 350, 380, 420, 460, 580
Sumatra-Umblatt 135, 145, 165
Java-Vorstenland-Decker 180, 230, 250, 300, 350
Java-Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160
Java-Einslag 95, 100, 105, 110, 115
Mexiko-Decker 230
Brasil-Decker 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250
Brasil-Einslag 140, 150, 160
Carmen 105, 110, 115, 130, 140
Domingo 100, 110, 120
Seedleaf 115
bosgut 95, 100, 105, 110 M., nur amerikanische gesunde Tabake
Havana 250, 300, 350, 400, 600
Sämtliche Tabake sind kerngesund und wird für tadelloser Brand garantiert. Versand nur per Nachnahme. Preise verzollt.

Hermann C. W. Knoche, Rohstabeke
Hohestr. 12 Bremen Hohestr. 12
empfehlen als besonders preiswert:
Sumatra-Decker, Kollblatt, 200, 230, 260, 300, 350, 400, 500, 550, 600, 700
Sumatra-Umblatt, Kollblatt, 140, 150 M. Vorstenland-Decker, Kollblatt 200, 260, 300, 320 M., dunkel 210, 230 M.
Jelly-Decker 230, 250, 260 M., -Einslag 150, 160, 170 M.
Java-Umblatt 120, 140, 150 M., -Einslag 95, 100, 110 M.
Carmen 100, 110, 120, 130, 140 M.
Tomings 90, 100, 110, 120, 130 M.
Mexiko-Decker, feinstes Arabes, 250, 300, 350 M. Postgut, garantiert rein überseescher Arbeiter, 95, 100, 110 M. Sämtliche Tabake sind von tabellosem Brand und kerngesund. Preise verzollt gegen Nachnahme.
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Fillale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25]

Gelegenheitskauf!
Empfehle ca. 10 000 Pfd. Seedleaf Umblatt, gutes Saubl. mit Abbe zu arbeiten, auch zu kleinen Zigarren als Füll zu verwenden. Verkauf per Hund 130 Pfd., bei Abnahme von 50 Pfd. 125 Pfd. Ihre unter Nachnahme und Netto Kasse! Außerdem sämtliche Sorten Rohstabeke zur Zigarettenfabrikation zu äußerst billigen Preisen.
Karl Ramm,
Rohstabeke-Vertriebshaus
Altona a. d. Elbe
Artenprinzenplatz 2
Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9. 110
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigen Tagespreisen inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft. bei Aufgabe von La. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

oben gemalte und an allen den, die do Studenten sind, sind auch an sich selbst, ohne zu wissen, daß sie im Dienste jenes höheren Prinzips standen. Sie kämpften für den Augenblick, ohne eine Zukunft zu kennen, eine weitere Entwicklung, die jenes Prinzip der Natur erstrebte und der auch ihr kämpfen für das eigene Ich im Grunde galt. Erst die weitere Entwicklung gab dem Menschen mehr und mehr jenes Bewußtsein, nicht allein dem Augenblick zu leben, sondern höheren Zwecken. Und dieses Gefühl wurde immer stärker und tiefer, bis es sich heute bei Tausenden und Abertausenden zu einem großen, gewaltigen Sehnen entwickelt hat, zu einem **Menschen** zu werden, nach einem kommenden Glück, wie es noch keine Zeit gekannt.

Eine gewaltige Trägerin dieses großen Sehnsüts ist die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer unerschütterlichen Härte. Gewiß wollen wir durch unseren gewerkschaftlichen Kampf auch die Befreiung unserer eigenen Lage, doch nicht allein unserer selbst wissen, sondern um der Allgemeinheit und der gesundheitslichen und sittlichen Entwicklung des Völkers willen. Bei all unserem Streben haben wir die Zukunft im Auge, hinter all unsern Kämpfen steht die Sehnsucht nach einer neuen, besseren Welt.

Die Diener des Kapitals untercheiden sich in ihren selbstständigen Denken und Fühlen nicht sonderlich von den Menschen jener festeren Kulturzeiten. Sie kennen wie jene nur den Augenblick und das eigene nackte Leben. Das Bewußtsein ist in ihnen noch nicht zur Entwicklung gelangt, das Gemeinwohlsgewissen und das Verlangen nach gemeinsamem Menschenglück. Ihnen fehlt die Sehnsucht nach einer neuen, besseren Welt und darum sind sie Menschen niedriger Art.

Wieviel Zahlmilionen sind in der Natur nicht vergangen, bis dieses Sehnen im Menschen ward! Wieviel Kraft hat es der Natur gekostet, Menschen mit solchem Bewußtsein, mit solchem Sehnen zu schaffen! Darum enthält jenes Sehnen auch den größten Entwicklungswert. Wir können also stolz sein auf diesen unseren sittlichen Wert. Wenn jene unentwickelten Egoisten auch mit ihrer ganzen Selbstsucht gegen uns anzugehen suchen: wir sind und des Wertes unseres Empfindens und damit des Wertes unseres gewerkschaftlichen Kampfes bewußt und lassen nicht nach, im Sinne dieses Sehnsüts zu wirken und zu kämpfen für eine neue Welt, für Liebe, Gerechtigkeit, Menschenglück.

Der schließliche Ausgang der Fehde und das endgültige Schicksal der zu einer gewissen Vermittlung gelangten „Schlichter“ läßt sich abermals nicht ohne Nachdenken, wenn U. von folgende Schilderung anknüpft: „Welchem nach auch gewiß ist, daß dieser Treiber bald zu Tätigkeiten geschritten sind und sowohl in der Stadt als auswendig auf den Straßen den Akademikern ausgepaßt haben, sie arretiert, gefesselt, verwundet oder sonst über mißhandelt, als auch der Universität übrigen Unterrichten und Lehrgängen allen möglichen Tort (Unrecht) und Schaden zugefügt haben, wie nicht weniger zu diesem Zweck einige ledere Bekleidung und anderer nützigen Gegenstände an sich gesendet haben.“ Unzweifelnd ist von diesem Ausgang, der sich lediglich als ein Phantasieprodukt von uns darstellbar dürfte, wie ersäht, nichts nachweisbar.

Menschenheitssehnen.

Ehe der Mensch geworden und in den ersten Zeiten seiner Entwicklung erfuhr nichts als ein Kampf um das Leben, um das augenblickliche Dasein im Kampf um das Dasein, gab es auch damals schon ein höheres Prinzip. Der Entwicklungstrieb der Natur leitete alles Erdendasein und im Sinne dieses Prinzips erfolgten auch all die Kämpfe der

eigene Individuen um das eigene Leben. Aber die Wesen waren sich ihrer Stellung in der Natur noch nicht bewußt. Sie kämpften und sorgten in harten Ringen für sich selbst, ohne zu wissen, daß sie im Dienste jenes höheren Prinzips standen. Sie kämpften für den Augenblick, ohne eine Zukunft zu kennen, eine weitere Entwicklung, die jenes Prinzip der Natur erstrebte und der auch ihr kämpfen für das eigene Ich im Grunde galt. Erst die weitere Entwicklung gab dem Menschen mehr und mehr jenes Bewußtsein, nicht allein dem Augenblick zu leben, sondern höheren Zwecken. Und dieses Gefühl wurde immer stärker und tiefer, bis es sich heute bei Tausenden und Abertausenden zu einem großen, gewaltigen Sehnen entwickelt hat, zu einem **Menschen** zu werden, nach einem kommenden Glück, wie es noch keine Zeit gekannt.

Eine gewaltige Trägerin dieses großen Sehnsüts ist die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer unerschütterlichen Härte. Gewiß wollen wir durch unseren gewerkschaftlichen Kampf auch die Befreiung unserer eigenen Lage, doch nicht allein unserer selbst wissen, sondern um der Allgemeinheit und der gesundheitslichen und sittlichen Entwicklung des Völkers willen. Bei all unserem Streben haben wir die Zukunft im Auge, hinter all unsern Kämpfen steht die Sehnsucht nach einer neuen, besseren Welt.

Die Diener des Kapitals untercheiden sich in ihren selbstständigen Denken und Fühlen nicht sonderlich von den Menschen jener festeren Kulturzeiten. Sie kennen wie jene nur den Augenblick und das eigene nackte Leben. Das Bewußtsein ist in ihnen noch nicht zur Entwicklung gelangt, das Gemeinwohlsgewissen und das Verlangen nach gemeinsamem Menschenglück. Ihnen fehlt die Sehnsucht nach einer neuen, besseren Welt und darum sind sie Menschen niedriger Art.

Wieviel Zahlmilionen sind in der Natur nicht vergangen, bis dieses Sehnen im Menschen ward! Wieviel Kraft hat es der Natur gekostet, Menschen mit solchem Bewußtsein, mit solchem Sehnen zu schaffen! Darum enthält jenes Sehnen auch den größten Entwicklungswert. Wir können also stolz sein auf diesen unseren sittlichen Wert. Wenn jene unentwickelten Egoisten auch mit ihrer ganzen Selbstsucht gegen uns anzugehen suchen: wir sind und des Wertes unseres Empfindens und damit des Wertes unseres gewerkschaftlichen Kampfes bewußt und lassen nicht nach, im Sinne dieses Sehnsüts zu wirken und zu kämpfen für eine neue Welt, für Liebe, Gerechtigkeit, Menschenglück.

Menschenheitssehnen.

Ehe der Mensch geworden und in den ersten Zeiten seiner Entwicklung erfuhr nichts als ein Kampf um das Leben, um das augenblickliche Dasein im Kampf um das Dasein, gab es auch damals schon ein höheres Prinzip. Der Entwicklungstrieb der Natur leitete alles Erdendasein und im Sinne dieses Prinzips erfolgten auch all die Kämpfe der

In Duft und Reif.

Im Herbst verblühen sie das Land, und durch die grauen Nebel geht ein blauer Strahl vom Wälderand, den Mond doch selber sieht man nicht. Doch schau! Der Reif wird Dillstrauß, ein Lorbeerzweig der Tannenwald, das fahle, halb erstorbene Land wie bunfte Blumenwagen wallt!

Ist es ein Uraumbild, das mit laßt? Ist's Herbstsingstraum vom neuen Jahr? Die Freiheit wandelt durch die Nacht mit wallend aufgetriebenem Haar! Und wandelnd spät sie rings und lauchf, die gleiche, hohe Königin, und ihre Puppenstücke sauchf tetz über dunkle Gräber hin.

Sie hat gar eine solche Saat verborgen in der Erde Schoß; sie forschf, ob die und jene Tat nicht schon in grüne Klamm sproß. Sie drückt ein schweres an ihre Brust, das sinkt in weissem Dämmerlicht; sie bricht in wehmsüßem Laut manch blutiges Vergißmeinnicht. —

Es ist auf Eden keine Stadt, es ist kein Dorf, das stille hat nicht einen alten Kirchhof hat, darin ein Treibhausemärer ruht.

Geoffrey Keller.

Tschu-hu-fang der Chinese.

Mitteiltes von S. Börga b.

Wer Tschu-hu-fang war? Zu den Annalen der Geschichte werden wir ihn vergeblich suchen. Er war kein Großer, von der Natur mit besonderen Fähigkeiten ausgestattet Sohn des Reiches der Mitte. — Nein, das war Tschu-hu-fang nicht! Und doch war er wieder ein Großer; groß im Ertragen und Entbehren; dazu ein Spiegelbild der Langmut, wie man es unter seinen Knechtsgewissen selten vorfindet. Und diesen Eigenschaften blieb er treu, bis ihn ein tragisches Geschick von der Startatur dieses Daseins befreite.

Tschu-hu-fang war nicht mehr oder weniger als der diensthafte Geist der Kluge auf S. S. „Forester“ der eigentlichen Landesflotte. Jedoch übte er seine Kunst nur im Dienste einiger Landstreife, die an Bord Seegeredienste vorrichteten. Mangelndes Talent sowie ein zu geringes Verständnis für die Fragen der Hygiene hinderten den unüberwindlichen Mann, der ihn hinderte, Einblicke in die Geheimnisse und Entwürfe der europäischen Klüge zu gewinnen. Tschu-hu-fang behauptete in seinem oft unbefriedigenden Englisch, jählig Jahre alt zu sein; eine Angabe, die von den meisten Matrosen an Bord nach dem östlichen See-

manuskriftlich gewertet wurde. Zwar konnten die tiefen Tümpfen in der Gegend des Schiffes sowie das kläffende Gehege der Fische seine Behauptung einigermaßen belegen; aber ein Chiniese von jählig Jahren war den meisten nicht leicht ein Verstoß gebüht.

Es war an einem Sonntag morgen. Eine leichte Brise frisch von Osten her über den Meer und minderte mit ihrer morgendlichen Kühlung die Wärmestrahlung der am fernem Horizont sich übergroß und tiefrot abhebenden Sonne. Der Ocean war leicht bewegt und die Luft tief; innerhalb der „Wüllungen“ der „Fogeln“ — das sind die kleinen, runden Fenster der Kaufmannslogis — geschloffen blieben. Auf der Kommandobrücke lagen die diensthabenden Offiziere der Navigation ob. Sonst schien das Schiff wie ausgestorben. Der vollende, oft fauchende Vor der raktlos fortstreubenden Maschinen drang in regelmäßigen Intervallen dumpf und schwer zur Deck herüber, vor welcher, in seiner typischen Art mit unterliegenden Beinen, Tschu-hu-fang saß und gedankenvoll ins Weite starrte. Der große deformierte Kopf des Kochs, der lange, graue Haare und vernarbte Hals, überhaupt das ganze vernachlässigte Äußere hatte ihm schon oft den Spott seiner Kameraden eingetragen. Ob dieses Unwohlstand nun kein altes Chiniese in seinem Aussehen über das Bewußtsein ihm am Außen sagte, das war bei unsrem wechselseitigen „Nichtverstehen“, nicht zu entscheiden.

Nur, aus Tschu-hu-fangs kleinen ausdruckslosen Augen war unbemerkt eine Träne herabgerollt und hatte seine rechte inschöne Brust benetzt. Er erschrak heftig über diese vielleicht seine Chinieseherre berührende Tatsache und mechanisch langte er nach seinem langen ungepflegten Kopf, um damit die sichbare Spur seines Leides zu trocken. Dann eilte der Schlüßlinge ins Logis, trat aber, mit einem riesigen Lohje demüffnet, bald wieder in die Erziehung. Die häßlichen, schmerzenden Bewegungen des Ärmers brachten es mit sich, daß ihm plötzlich der Kopf in der Türschwelle der Dorel hängen blieb. Kurz entschlossen, blickte er mit innerem Gram entsetzte er sich durch einen kräftigen Schmitt dieses Hindernisses.

Tschu-hu-fang kreuzte alsdann die Beine zum beruflichen Tan und setzte sich. Er ließ durch seine langen mannsgrauen Krieger zerdrückte Fingerringen riefeln, während er von Zeit zu Zeit dieser Masse eine gelblich-grüne Flüssigkeit des witzigen Lohje zusetzte. Dieser kaumtischen Verfestigungsweise verfuhr er noch dadurch, daß er sich über dem Ocean auch noch die Hände mit Seewasser wusch; wodurch dem Essen selbstverständlich eine adre drahtliche Platanterte verleiht wurde. Mit tränenfeuchten Blicken wandte sich Tschu-hu-fang oft nach seinem verlorenem Kleinod um; das vom frischen Morgenwind aufgelöst nun hin- und herflatterte. Der Gewand an die Folgen seiner Trübsal, denen er sich in unverantwortlicher Weise hatte hingeben und ihm die rechtzeitige Fertigstellung der Maßzeit für seine von Gache kommenden Kameraden verteilt hatte, ließ seinen Gram schnell vergeffen. Von der Bad glagte der Augend eben die erste Mittagsstunde. Erschrocken fuhr der Schlüßlinge abermals auf. Ob es ihm gelingen würde, die übermüdigten Matrosen der Gefahr zur rechten Zeit befreitigen zu können?

Wenn nicht, was war zu tun, sich ihrer feindseligen Brut zu entziehen? Er eilte ins Logis. ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Gedanken sind zottel.

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Man kann nicht ohne Gefahr ...

Arbeiter-Febden und Kämpfe

I. Auswärtiger aus der Vergangenheit

Die ältere Entwicklung der ...

Die ältere Entwicklung der ...